

## **Substanzielles Protokoll 80. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 11. Dezember 2019, 21.00 Uhr bis 23.53 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Michael Kraft (SP), Andri Silberschmidt (FDP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                                 |   |     |
|-----|---------------------------------|---|-----|
| 1.  |                                 | Mitteilungen  |     |
| 8.  | <a href="#"><u>2019/388</u></a> | Weisung vom 18.09.2019:<br>Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudgets und<br>Produktgruppen-Globalbudgets)   | FV  |
| 15. | <a href="#"><u>2019/517</u></a> | E Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2019:<br>Zentrale Koordination und Beschaffung von Dienstkleidern   | FV  |
| 18. | <a href="#"><u>2019/527</u></a> | E Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.12.2019:<br>Humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordsyrien  | FV  |
| 21. | <a href="#"><u>2019/536</u></a> | E Postulat von Ernst Danner (EVP) und Roger Föhn (EVP) vom<br>04.12.2019:<br>Bereitstellung der notwendigen Fachkompetenz für einen<br>verstärkten Einsatz der Stadt zugunsten der Anbindung<br>Zürichs an das europäische Hochleistungsnetz der Bahn | DIB |

### **Mitteilungen**

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

## Geschäfte

2020. 2019/388

**Weisung vom 18.09.2019:**

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 79, Beschluss-Nr. 2020/2019).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 025. und 026. (Postulat GR Nr. 2019/527).

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 79, Beschluss-Nr. 2020/2019).

Weitere Wortmeldungen:

**Përparim Avdili (FDP):** Severin Pflüger (FDP) hat bereits begründet, warum wir den Budgetantrag für die humanitäre Hilfe ablehnen, hingegen dem Postulat zustimmen werden. Die FDP stand bei punktuellen Anträgen schon immer hinter der humanitären Hilfe durch die Stadt Zürich, auch wenn es sich um Fälle handelte – wie zum Beispiel Indonesien – bei denen die nötigen finanziellen Mittel vielleicht doch vorhanden gewesen wären. Mit der finanziellen Unterstützung leisten wir unseren Beitrag für die notwendigen Sofortmassnahmen bei verschiedenen Katastrophen. Die FDP ist der Meinung, dass der Gemeinderat die humanitäre Soforthilfe aktiv mitgestalten können sollte. Es ist ironisch, dass ausgerechnet die linke Ratsseite via Gemeinderat den Prozess mitsteuern will, obwohl genau diese Parteien vor drei Jahren diese Kompetenz dem Stadtrat übertragen haben. Der Budgetantrag ist das eine. Über das Postulat hingegen steuern wir den Prozess aktiv mit. Die linke Ratsseite ist nicht konsistent in ihrer Haltung, wenn man die Voten von vor drei Jahren nachliest und sieht, wie abgestimmt wurde. Es macht keinen Sinn, dass jene Parteien ausgerechnet in einem solchen Fall via Parlament aktiv mitbestimmen wollen. Sie haben auch bereits konkrete Vorschläge, wie und innerhalb welcher Strukturen man das Geld einsetzen soll, an welche Organisationen es fliessen soll. Tatsache ist aber, dass der Konflikt in Nordsyrien schon lange andauert. Die Stadt kann beeinflussen, dass nach verschiedenen Ereignissen ein wichtiger Beitrag für den Schaden und die Opfer geleistet wird. Der Konflikt in Nordsyrien jedoch wird auch mit 400 000 Franken mehr nicht gelöst werden können. Das Problem liegt tiefer und ist komplexer. Es ist ein geopolitisches, globales Problem, bei dem mit anderen Ansätzen gearbeitet werden muss und das nicht in unserer Zuständigkeit liegt. Wenn wir mit Sicherheit sagen könnten, dass wir die Krise in Nordsyrien sofort lösen könnten, würde ich mich sofort dafür einsetzen, Spenden zu sammeln und würde mich auch in der Fraktion dafür einsetzen, dass wir als Stadt einen Beitrag leisten können. Das ist aber bei Nordsyrien nicht der Fall. Deshalb sind wir der Meinung, dass keine zusätzlichen Mittel gesprochen werden sollten. Wir finden es aber wichtig, dass ein Beitrag geleistet wird und unterstützen deshalb das Postulat. Das Postulat definiert den Betrag nicht konkret. Deshalb ist es in unserem Sinn, dass wir einen Beitrag für die humanitäre Soforthilfe leisten, wenn auch massvoll. Der Bedarf ist gegeben.

**Isabel Garcia (GLP):** Die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen. Die Problematik des vorliegenden Antrags, ob technischer Natur oder bezogen auf das Ziel des Antrags, wurde von meinen Vorrednern bereits ausgeführt. Wir kamen in der internen Diskussion

zu keinem gemeinsamen Schluss, wie wir diese Problematik bewerten wollen. Deshalb wird jedes Fraktionsmitglied sowohl bei Antrag 25 als auch beim Postulat nach seinem eigenen Gutdünken abstimmen.

**Luca Maggi (GLP):** Martin Götzl (SVP) sagte in der heutigen Debatte, dass humanitäre Hilfe keine Aufgabe der Stadt Zürich sei. Diese Aussage ist falsch. Das Bundesgesetz hält explizit fest, dass der Bund in diesem Bereich mit Kantonen und Gemeinden zusammenarbeitet. Mit dem deutlichen Ja der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher vom 30. November zum Gegenvorschlag der Ein-Prozent-Initiative erhält diese Aufgabe noch mehr Gewicht. Im vorliegenden Postulat geht es um Menschen, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Gerade die Unterstützung jener Personen müsste sehr im Sinne der SVP sein, die jeweils fordert, man solle den Menschen besser direkt vor Ort helfen. Scheinbar sind das aber nur Worthülsen. Wir sind der Überzeugung, dass wir mit diesem Beitrag, der einen Tropfen auf den heissen Stein darstellt, einen kleinen, aber für diese Menschen wichtigen Beitrag leisten können. Wir werden deshalb sowohl den Budgetantrag als auch das von uns miteingereichte Postulat unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Ich bin grundsätzlich mit der Aussage der bürgerlichen Seite einverstanden, dass es sich bei der humanitären Hilfe im Grunde um eine Soforthilfe oder eine Katastrophenhilfe handeln sollte. Ich finde es aber problematisch, wenn man sich dahingehend positioniert, dass die Leute in Syrien weder in die eine noch in die andere Kategorie fallen würden und man deshalb nichts geben wolle. Der Stadtrat möchte die Personen nicht kategorisieren. Er möchte mit der humanitären Hilfe einen Beitrag, ein Stück Solidarität leisten. Deshalb nimmt der Stadtrat das Postulat entgegen. Dass wir in Albanien aber tatsächlich einen Beitrag zur Struktur leisten können und es dann in Albanien besser wirken soll als in Syrien, bezweifle ich. In Syrien sind die Menschen von einer Kriegssituation betroffen, von zahlreichen Machthabern, die ihre Spiele spielen. Der Gemeinderat nimmt seine Steuerungsmöglichkeit wahr. Vor drei Jahren hat er mit der Verordnung beschlossen, dass in diesen Fällen die Kompetenz letztlich beim Stadtrat liegt. Der Gemeinderat kann das Engagement über das Budget steuern und nun 400 000 Franken mehr beantragen. Das kann sich die Stadt zum aktuellen Zeitpunkt leisten. Wenn der Betrag immer weiter anwachsen würde, gibt es aber irgendwo auch Grenzen in Bezug auf das Handling und bezüglich dessen, was noch unsere Aufgabe ist. Aber ich hätte von der SVP mehr Respekt vor dem Souverän erwartet, der klar bestätigt hat, dass es eine Aufgabe der Stadt Zürich ist. Es mag nicht die bedeutendste und nicht die einzige sein, aber es ist eine, die wir wahrnehmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Përparim Avdili (FDP):** Zum Votum von Stadtrat Daniel Leupi: Die FDP unterstützt das Postulat. Ich habe lediglich gesagt, dass die FDP nicht hinter dem genannten Betrag stehen kann, der im Übrigen auch vom Stadtrat abgelehnt wird. Der Stadtrat beantragt nicht, dass man die Soforthilfe auf 600 000 Franken erhöht. Selbstverständlich sind wir der Ansicht, dass auch in Nordsyrien die Berechtigung für Soforthilfe gegeben ist. Nur stellt sich die Frage, ob wir als Stadt mit einem höheren Betrag als den zusätzlichen 400 000 Franken den Nordsyrien-Konflikt lösen können. Wir wissen alle, dass dies nicht der Fall ist. Etwas anderes habe ich nie behauptet. Ich würde auch niemals eine humanitäre Katastrophe gegen eine andere ausspielen. Im Rahmen des budgetierten Beitrags von 200 000 Franken leisten wir unseren Beitrag. Die FDP hat vorgeschlagen, wie man die Hälfte leisten könnte. Mehr Geld wird an jenem Ort nicht mehr Wirkung erzielen. Es braucht andere Massnahmen. Der Konflikt muss zuerst politisch gelöst werden.

*Danach müsste man Richtung Entwicklungsmassnahmen schreiten – aber nicht in Form von Soforthilfe.*

**Roger Bartholdi (SVP):** Ich möchte betonen, dass wir den Volksentscheid akzeptieren. Aus diesem Grund haben wir hier auch zum ersten Mal seit Jahren keinen Kürzungsantrag gestellt. Ich bitte, dass dies auch so zur Kenntnis genommen wird. Es geht um einige Millionen Franken. Wir akzeptieren den Volksentscheid, es haben allerdings auch 30 % des Volks dagegen gestimmt. Diese Personen vertreten wir weiterhin. Wir behalten auch unsere Linie bei, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, diese Gelder zu sprechen.

S. 145 20  
2000  
3638 00 100

**FINANZDEPARTEMENT**  
**Finanzdepartement Departementssekretariat**  
**Humanitäre Hilfe im Ausland**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			200 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			400 000	600 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Nothilfepaket für Nordsyrien

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## 2023. 2019/527

### **Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.12.2019: Humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordsyrien**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 79, Beschluss-Nr. 2023/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 025.

Das Postulat wird mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 027.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Përparim Avdili (FDP):** Auch bei diesem Antrag ist es wichtig, dass man zwischen humanitärer Soforthilfe und Entwicklungshilfe unterscheidet. Diese Unterscheidung machen wir letztendlich auch im Budget, weil wir verschiedene Positionen dazu haben. Erst im vergangenen Monat haben wir in der Stadt darüber abgestimmt, wie viel die Stadt an die Entwicklungshilfe leisten soll. Ich möchte keine Debatte über den Gegenvorschlag führen. Die Haltung der FDP ist bekannt. Wir finden Entwicklungshilfe richtig und wichtig. Wir würden es aber nicht über den Weg machen, den die Stadt gewählt hat. Wir haben bisher jeweils die Streichung des gesamten Betrags gefordert. Nun fordern wir nur eine Teilstreichung. Die Bevölkerung hat den Gegenvorschlag bekanntlich angenommen und im Gemeindebeschluss wurde festgehalten, dass die Stadt einen Beitrag zwischen 0,3 und 1 Steuerprozent leisten soll. Wir respektieren den demokratischen Entscheid der Bevölkerung und stellen den Antrag deshalb so, dass der Beitrag genau den 0,3 Steuerprozenten entsprechen soll, die als Minimum angegeben sind. In Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt für die kommenden Jahre sollte man nicht einen höheren Betrag dafür einstellen als das vorgesehene Minimum. Auch die Verfasser des Gegenvorschlags haben nicht klar definiert, wie der Spielraum konkret definiert werden soll. Es wurde einzig definiert, dass bei einem Bilanzfehlbetrag oder bei einem jährlichen Defizit von mehr als 30 Millionen Franken über die letzten drei Jahre der Betrag auch kleiner ausfallen darf. In Anbetracht der finanziellen Aussichten auf die kommenden Jahre, sollte sich der Beitrag aus unserer Sicht beim absoluten Minimum bewegen, welches wir darüber hinaus bereits für eine viel zu hohe Summe halten.

**Shaibal Roy (GLP):** Die hier konstituierte Mehrheit hat einen breit abgestützten Konsens ausgearbeitet, den Gegenvorschlag zur Ein-Prozent-Initiative, an dem sich die heutige Minderheit bekanntermassen nicht beteiligt hat. Der Gegenvorschlag wurde vom Volk mit einer Zustimmung von rund 70 % angenommen. Es ist nicht logisch, dass wir die Entwicklungshilfe auf ein Minimum reduzieren in einem Jahr, in dem wir mit einem Budgetüberschuss von über 30 Millionen Franken rechnen – und wahrscheinlich noch mit einem positiveren Rechnungsabschluss – und wenn die letzten beiden Rechnungsabschlüsse einen Überschuss von über 100 Millionen Franken verzeichnen. 2016 gab es gar ein Rekordergebnis von über 288 Millionen Franken. Es gibt natürlich die Betrachtung des Finanz- und Aufgabenplans (FAP), die man mit einbeziehen kann. Im Gegenvorschlag wurde definiert, dass die jährlichen Beiträge tiefer ausfallen können, wenn die Stadt einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 30 Millionen Franken abgeschlossen haben. Wir sind jedoch weit von dieser Tatsache entfernt. Der Antrag ist somit abzulehnen. Das Vorgehen wäre nicht logisch und würde nicht dem Volkswillen entsprechen. Wenn man in den letzten Jahren mehr als 580 Millionen Franken effektive Überschüsse generiert hat und dieses Jahr im Budgetjahr damit rechnet, dass man mindestens einen zweistelligen Millionenüberschuss haben wird, ist es nicht logisch, wenn man den Betrag auf ein Minimum reduziert. Damit wird sich der Mechanismus gar nicht einrenken können, wenn wir dann tatsächlich einmal einen Verlustvortrag haben.

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** Formaljuristisch gesehen hat Përparim Avdili (FDP) recht – der Antrag ist ohne weiteres zulässig. Es gibt aber auch etwas jenseits von der Formaljuristerei. Wir haben der Bevölkerung vor der Abstimmung reinen Wein eingeschenkt. Stadtrat Daniel Leupi hat klar kommuniziert, dass der Stadtrat bei einem Ja 8 Millionen Franken

beantragen wird. Auch wir haben gesagt, dass wir den 8 Millionen Franken zumindest im Sinne eines ersten Schritts zustimmen werden. Wir können uns auch vorstellen, nach einigen Jahren in weiteren Schritten den Betrag von 8 Millionen Franken zu erhöhen. Wenn sich die Finanzsituation wieder verschlechtern sollte, können wir uns auch vorstellen, dass man den Betrag reduziert. Das haben wir vor der Abstimmung klar kommuniziert. Von der Bevölkerung wurde dies mit einem Ja-Anteil von 70 % bestätigt. Wenn man eine Abstimmung verliert, erwarte ich nicht, dass man sich plötzlich für das Thema begeistert. Das wäre nicht glaubwürdig. Insofern würden wir es verstehen, wenn sich die SVP in die Enthaltung begeben würde. Aber einen Antrag zu stellen, den Betrag auf das Minimum zu reduzieren, halte ich aus demokratiepolitischer Sicht für schwierig. Interessanter finde ich aber, dass man begründet, man müsse angesichts der düsteren Prognosen im FAP 2,5 Millionen Franken aus dem Budget des Stadtrats streichen und dieselbe Partei gleichzeitig einen Antrag auf Steuersenkung von über 100 Millionen Franken stellt und dort argumentiert, dass man sich dies problemlos leisten könne. Ich erwarte ein Minimum an Kohärenz in der Argumentation.

**Michael Schmid (FDP):** Im Votum der GLP wurde nun oft der Begriff Logik genannt. Das, was wir unter diesem Antrag verhandeln und was die Mehrheit in der Volksabstimmung beantragt hat, hat nichts mit einer derartigen Logik zu tun. Die Mehrheit hat in der Volksabstimmung einen politischen Willen geäußert, dass die Entwicklungshilfe in einer bestimmten Bandbreite in die Gemeindeordnung aufgenommen werden soll. Wir fordern – nachdem wir bereits im Abstimmungskampf diese Haltung vertreten haben, nun auch in der Budgetdebatte – dass man nur das Minimum dessen sprechen soll, was die Mehrheit politisch durchgesetzt hat. Das wiederum hat mit Logik zu tun.

**Stefan Urech (SVP):** Shaibal Roy (GLP) betonte, wie gut es der Stadt Zürich finanziell seit Jahren gehe. In der Fraktionserklärung zur Budgetdebatte hörte man von der GLP jedoch, das Eigenkapital schmelze dahin und die Verschuldung würde auf ein beängstigendes Niveau ansteigen, es sei Zeit für eine Trendwende. Ich verstehe nicht, warum wir uns nun plötzlich anhören sollen, dass es uns wunderbar gehe und wir uns keine Sorgen machen müssten.

S. 145 20  
2000  
3638 00 101

**FINANZDEPARTEMENT**  
**Finanzdepartement Departementssekretariat**  
**Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat			8 000 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		2 428 600		5 571 400 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Entwicklungshilfe beim Minimum von 0,3 Steuerprozent belassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 028.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Sabine Koch (FDP):** Im Nachtragskredit 2019 wurden bereits zusätzliche 3,6 Stellen für die Abteilung Liegenschaften beantragt und bewilligt. Nun werden nochmals 4 Stellen für 2020 beantragt. Wir haben aber keine ausreichende Auskunft erhalten, worin konkret die Aufwände bestehen, um zusätzliche Ressourcen zu begründen. Wir sind der Meinung, dass punktuelle Mehraufwände mit 2 anstelle von 4 Stellen und innerhalb der bestehenden Ressourcen organisiert und aufgefangen werden können, insbesondere, wenn es sich um eine Dienstabteilung mit einem derart grossen Personalbestand handelt. Deshalb beantragen wir die Streichung von 347 600 Franken, was den zwei Stellen entspricht.

**Walter Angst (AL):** Es ist nicht nachvollziehbar, warum jene, die mit dem Vermietungsreglement eine Megabürokratie in der Liegenschaftenverwaltung gefordert haben, nun kommen und neue Stellen verhindern wollen. Es wird nicht klar, welche zwei Stellen genau attackiert werden sollen. Eine ist dafür da, um die Eigentümerstrategie gegenüber dem Amt für Hochbauten zu stärken, eine zweite ist ein Rechtsdienst und zwei weitere wären zur Weiterentwicklung der Liegenschaftenverwaltung vorgesehen, die über ein ordentliches Portfolio verfügt. Verglichen mit der IMMO hat die Liegenschaftenverwaltung halb so viele Angestellte. Es ist auch von daher unverständlich, dass man die Liegenschaftenverwaltung nun attackiert. Ein letzter Punkt: Mehrheitlich sind es gar Eigenwirtschaftsbetriebe, die Kosten selber tragen, da Mieteinnahmen generiert werden. Bei der Liegenschaftenverwaltung wird ein Überschuss produziert. Insofern ist es ein Schuss in den Ofen, wenn man fordert, man müsse dort Stellen verhindern. Es ist der falsche Ort, um zu streichen. Man könnte die Weiterentwicklung der Strategie der Liegenschaftenverwaltung nicht weiterführen. Dieser Antrag war nicht genügend durchdacht.

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** Ich werde gerne spezifizieren, worum es geht. Der Antrag wurde nicht von der GLP alleine gestellt. Dass das Argument, dass die Finanzierung durch die Mieter erfolgt, von Seiten der AL kommt, erstaunt mich. Am Ende geht es aber darum, zu spezifizieren, was wir als nötig erachten und was nicht. Ich werde dies gerne ausführen. Die erste Stelle, eine Projektleitung für das Immobilienhandbuch, ist auf zwei Jahre befristet und absolut notwendig. Diese Stelle wollen wir nicht streichen. Die zweite Stelle betrifft die Beschaffungskoordination. Auch wir sind der Meinung, dass es eine Koordination braucht. Das Einsparpotenzial muss quantifiziert und realisiert werden. Bei der Umsetzung der neuen Vermietungsverordnung sind wir aber anderer Meinung. Diese benötigt offenbar Ressourcen im Rechtsdienst. Warum sie unbedingt mit zusätzlichen Ressourcen alimentiert werden muss, ist für uns nicht klar. Die vierte Stelle ist im Bereich Prozess- und Qualitätsmanagement. Wir haben zahlreiche Prozess- und Qualitätsmanagementstellen. Das Interne Kontrollsystem muss vollständig überarbeitet werden. Dies ist eine ständige Aufgabe, die erfüllt werden muss. Sie muss heute schon erfüllt werden und soll auch künftig mit den bereits bestehenden Stellen erfüllt werden. Zusammengefasst: Wir stimmen der befristeten Stelle Projektleiter Immobilienhandbuch und der Stelle Beschaffungskoordination zu. Die anderen zwei Stellen halten wir nicht für nötig.

S. 154 **20**  
**2021**  
**3010 00 000**

**FINANZDEPARTEMENT**  
**Liegenschaften Stadt Zürich**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>028.</b>	Antrag Stadtrat			8 293 900 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		347 600		7 946 300 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Streichung der Stellenerhöhung von weiteren 2,0 Stellen im Budget 2020, da 3,6 Stellen bereits im Nachtragskredit 2019 beantragt wurden. Die in der Beantwortung erwähnten Aufgaben, für die neu weitere 2 Stellen geschaffen werden sollen, geben nicht Auskunft über die anstehenden Aufwände, um zusätzliche Ressourcen zu begründen. Punktuelle Mehraufwände sollen innerhalb der bestehenden Ressourcen organisiert werden, insbesondere in grösseren Dienstabteilungen bei grossen Personalbeständen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 70 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Götzl (SVP):** Beantragt wird die Streichung von 1,56 Millionen Franken für Investitionen bei zwei Grundstücken ausserhalb der Stadt, in Adliswil und Wettswil am Albis. Wir verstehen nicht, warum ohne akuten Nutzungsbedarf zwei Grundstücke ausserhalb der Stadt gehortet werden sollen. Die ungenutzte Hortung löst irgendwann Investitionen aus. Dies ist nun der Fall. Der Stadtrat plant, 2020 über 1,5 Millionen Franken zu investieren. Wir fragen uns, was das Ziel ist und worin man das Steuergeld investiert. Aus den im Budgetprozess gestellten Fragen und Antworten wurde zwar ersichtlich, dass die Verwaltung diese Investition als gebundene Ausgaben deklariert. Man wird nun deshalb vermutlich sagen, es sei nicht anders möglich, es handle sich um gebundene Ausgaben. Ich frage mich aber, warum die Stadt ausserhalb der Stadt gebundene Ausgaben mittragen muss. Wenn man auf der offiziellen städtischen Webseite nachschaut, erkennt man, dass der Stadtrat die Haltung der Minderheit durchaus teilen möchte: «Ausserhalb der Stadt: Das Land ist kontinuierlich veräussert worden. Es soll vermehrt in Form von Tausch und Baurecht für den gemeinnützigen Wohnungsbau eingesetzt werden.» Wir haben zu diesem Kürzungsantrag auch ein Postulat eingereicht. Wir wollen die Landhortung veräussern, verkaufen. Wir haben das Postulat aber nicht im Budgetprozess traktandieren lassen, damit die Fraktionen genügend Zeit haben, darüber zu beraten und die richtige Entscheidung zu treffen. Wir fordern im Postulat, dass Landstücke wie jene in Adliswil und in Wettswil am Albis an die jeweiligen Kommunen oder an den Meistbietenden veräussert werden sollen. Ohne aktuellen Nutzen oder zeitnahe Ziele sind ein Besitztum und beträchtliche Investitionen nicht sinngemäss, schon gar nicht ausserhalb der Stadt.



Mit unserem Antrag helfen wir dem Stadtrat, seine eigenen Ziele zu erreichen, wie sie auf der Webseite publiziert sind.

**Shaibal Roy (GLP):** Der Antrag kommt zum falschen Zeitpunkt. Zuerst muss der Quartierplan abgeschlossen werden. Danach kann man darüber entscheiden, ob man das Land abtauschen will, ob man es im Baurecht abgeben will, oder ob es die Stadt für Raum- oder Flächenbedürfnisse selber nutzen will. Das Gebiet Sunnau grenzt im Übrigen an die Stadt Zürich. In Wettswil am Albis liegt die gleiche Sachlage vor. Es ist ein Antrag zur Unzeit. Im Moment geht es darum, dass man das Gebiet mittels Quartierplan erschliessen will. Sobald diese Phase abgeschlossen ist, kann man über das Postulat diskutieren. Aber die Budgetdebatte ist der falsche Ort und der falsche Zeitpunkt, um darüber zu entscheiden, wie die Stadt bei solchen Grundstücken vorgehen sollte.

S. 158	<b>20 2021 591006 / 7000 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV / Investitionen in Grundstücke</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>029.</b>	Antrag Stadtrat				1 560 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
			1 560 000		0 Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Severin Pflüger (FDP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Grundstücke verkaufen (Adliswil und Wettswil)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 030.

S. 162	<b>20 2034 4940 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Wohnen und Gewerbe Interne Verrechnung von kalkulatorischen Zinsen und Finanzaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>030.</b>	Antrag Stadtrat				-15 686 300 Minderheit 14 110 300 N	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			14 110 300		-15 686 300 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Verzinsung des Liegenschaftensfonds zum Referenzzinssatz			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

### Antrag 031.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Sabine Koch (FDP):** Auch das HR möchte gerne mehr Stellen schaffen. Wir haben Mühe mit der Begründung, dass 3,5 Stellen primär für die Thematik Digitalisierung/HR-IT-Roadmap geschaffen werden sollen. Es geht nicht hervor, warum diese Arbeiten nicht innerhalb des bestehenden Bereichs aufgeteilt werden und ausgeführt werden könnten. Man erhält den Eindruck, dass Stellen auf Reserve geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht weiss, ob man die Stellen wirklich braucht oder nicht. Deshalb beantragen wir die Streichung von 484 700 Franken.

**Dorothea Frei (SP):** Wir haben die gleichen Unterlagen gesichtet und sind zu einem anderen Schluss gekommen. Wir sind nicht der Meinung, dass die Stellen auf Reserve geschaffen werden und unterstützen deshalb den Antrag des Stadtrats.

S. 170	<b>20</b> <b>2050</b> <b>3010 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>			
		<b>Human Resources Management</b>			
		<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Ver- bes- se- rung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>031.</b>	Antrag Stadtrat			13 789 300	Minderheit
		484 700		13 304 600	Mehrheit
				Abwesend	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Florian Utz (SP) Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP) Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Keine weiteren Stellen notwendig. Aus der Begründung, dass diese Stellenwerte «primär durch die zentrale Schaffung für die Thematik Digitalisierung/HR-IT-Roadmap» budgetiert wurden, geht nicht hervor, dass diese Stellen nicht innerhalb des Bereichs selbst gelöst werden können. Es macht den Anschein einer Bildung von 3,5 Stellenwerten auf Reserve.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 032.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sabine Koch (FDP):** Es geht um die Schaffung von neuen Stellen bei der OIZ (Organisation und Informatik). Wir befürworten den Ausbau von Stellen, aber nicht in diesem Ausmass. Die Abteilung hat im Herbst 2019 bereits 8,2 Stellen erhalten. Nun werden nochmals zusätzliche 15 Stellen beantragt. Wir sehen keine Notwendigkeit dafür. Das zusätzliche Volumenwachstum in den Bereichen Digitalisierung, ICT, SAP-Engineering und so weiter sollte mit den erwähnten 8,2 Stellen und der Hälfte des Budgetantrags, was 7,5 Stellen entsprechen würde, bewältigt werden können. Wir beantragen deshalb die Streichung von 1,2 Millionen Franken.

**Shaibal Roy (GLP):** Es geht um Stellen bei der OIZ, die in unserer Stadt eine Kernfunktion übernehmen sollte in Bezug auf die Koordination aller Anforderungen, die wir im Bereich Digitalisierung stellen. Es gibt diverse neue Services im Bereich Data Management, von denen wir uns erhoffen, dass auch Mehrwerte für die Bevölkerung entstehen könnten. Man spricht von der Umsetzung des Strategieschwerpunkts «Digitale Stadt», es geht um den Zugang über «Mein Konto» auf Steuerdaten. Es ist höchste Zeit, dass dies endlich implementiert wird. Man sollte die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Wir fordern, dass die Bereitstellung einer Datenanalyse und -aufbereitung gewährleistet ist, damit wir am Ende innovative stadtinterne und -externe Dienstleistungen für unsere Bevölkerung erbringen können und automatisierte Prozesse haben. Damit stellen wir eine wesentliche Erwartungshaltung gegenüber der OIZ, die eine zentrale Koordination, eine Gesamtbetrachtung über die Stadt einnehmen soll. Insofern ist es absolut berechtigt, wenn wir die entsprechenden Ressourcen sprechen, in Verbindung mit einer klaren Erwartungshaltung, dass sich die OIZ Gedanken macht, wie man Effizienzgewinne aus der Digitalisierung und dem Data Management nutzen kann.

S. 176 **20**  
**2080**  
**3010 00 000**

**FINANZDEPARTEMENT**  
**Organisation und Informatik**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>032.</b>	Antrag Stadtrat			52 462 200	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		1 200 000		51 262 200	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Ausbau der Stellen in diesem Ausmass nicht notwendig (Fr. 2 354 516). Im Herbst 2019 wurden bereits 8,2 Stellen neu geschaffen. Da zusätzliches Volumenwachstum nicht ausgewiesen worden ist, sollte von den zusätzlich beantragten 15,0 Stellen die Hälfte (7,5 Stellen) ausreichen, um die diversen Aufgaben in der Digitalisierung, ICT/SAP Engineering, etc. bewältigen zu können.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>
---------------------------

Antrag 086.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Thomas Kleger (FDP):** Es geht um eine zusätzliche Stelle im Amt für Städtebau. Bereits im Nachtragskredit wurden drei neue Projektleiterstellen geschaffen: zwei Stellen im Fachbereich Raumentwicklung & Planung, und eine Stelle im Fachbereich Arealentwicklung & Planung. Diese drei Stellen fungieren im Schwerpunkt Gewässerraumfestlegung, Umsetzung Strategie kommunaler Richtplan und Masterplan Stadtklima. Die zusätzliche Stelle soll ebenfalls eine Projektleiterstelle sein mit dem Schwerpunkt Umsetzung § 49b PBG (Planungs- und Baugesetz) und Sozialverträglichkeit. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass keine zusätzliche Stelle benötigt wird und die Leistungen mit den bestehenden Ressourcen erbracht werden sollen.

**Dorothea Frei (SP):** Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass die Stelle des Projektleitenden im Fachbereich Raumentwicklung mit dem Schwerpunkt Sozialverträglichkeit geschaffen wird und bitten um Unterstützung des Antrags des Stadtrats.

S. 273	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4015</b>	<b>Amt für Städtebau</b>			
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>086.</b>	Antrag Stadtrat			12 553 400	Minderheit
		100 000		12 453 400	Mehrheit
					Abwesend
		Begründung:	Verzicht auf Erhöhung von 1 Stelle Projektleiter/in Raumentwicklung & Planung, mit bestehenden Ressourcen verfahren		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Kleger (FDP):** Es geht um sechs zusätzliche Stellen, die im Amt für Hochbau aufgrund des gesteigerten Bauvolumens geschaffen werden sollen. Die Minderheit ist der Ansicht, dass es trotz der Erhöhung des Bauvolumens kein zusätzliches Wachstum

von sechs Stellen braucht. Man kann mit den bestehenden Ressourcen weiterfahren und darauf verzichten.

**Dorothea Frei (SP):** Die Mehrheit lehnt die Kürzung ab. Die beantragten Stellen sind aus unserer Sicht begründet. Das Bauvolumen hat von 300 auf 450 Millionen Franken zugenommen. Dies entspricht einer Steigerung um 50 %. Die Stellen insgesamt sind um 11 % angestiegen. Es soll ausserdem auch hier eine Digitalisierung geben, die aber noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass jetzt schon davon profitiert werden kann. Längerfristig sollte sie aber eine Einsparung von sieben bis acht Stellen bewirken. Dies werden wir entsprechend im Auge behalten.

S. 277	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4020</b>	<b>Amt für Hochbauten</b>			
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>087.</b>	Antrag Stadtrat			18 064 800 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		600 000		17 464 800 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Verzicht auf Erhöhung von 6 Stellen Projektleiter/in, mit bestehenden Ressourcen verfahren		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 088.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** Die aktuellen Digitalisierungsprozesse haben im Budget Spuren hinterlassen. Viele davon sind nachvollziehbar. Andere haben zahlreiche Fragen aufgeworfen und eine regelrechte Slalomfahrt von Antworten generiert. Zu dieser Kategorie gehören auch der vorliegende Antrag und der nachfolgende Antrag 89. Der Kanton verlangt, dass jede Gemeinde Einbaugesuche einführt, was grundsätzlich klar zu begrüssen ist. Die Digitalisierung von Baubewilligungen ist einer der Prozesse, die dringend notwendig sind. Dass man für den kantonsweit laufenden Prozess von Anfang an gleich einen Business Analyst Digitalisierungs- und Prozessmanagement einstellt, erweckt den Anschein, dass man eine Stelle schafft, noch bevor man sich Gedanken gemacht hat, wie man überhaupt alles umsetzt und ob bei allfälligen technischen Problemen nicht auch die OIZ Unterstützung leisten könnte. Der zweite Teil betrifft die zwei neuen Stellen Kreisarchitekt/innen. Mit den beiden Stellen sollen die bereits bestehenden 64 Vollzeitäquivalente unterstützt werden, weil diese aufgrund von komplexen Baugesuchen, einzuhaltenden Fristen oder einer Häufung von Fällen von Mutterschafts-

urlaub strapaziert sind. Nachfragen haben jedoch ergeben, dass in den letzten fünf Jahren die Stellenbesetzungsprozente von 62 auf 64 zugenommen haben, während die Anzahl Baugesuche pro Jahr gesunken ist. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung sind wir der Ansicht, dass die Aufstockung nicht nachhaltig ist. Sie wurde auch nicht plausibel begründet. Wir fragen uns zum Beispiel, inwiefern die BZO 2016, die kaum immense Umwälzungen gebracht hat, zu einer Häufung von komplexen Baugesuchen geführt haben soll. Man kann sich auch fragen, warum man den durchschnittlichen Verlauf der Anzahl Mutterschaftsurlaube über die letzten fünf Jahre auf einmal nicht mehr intern abfangen kann. Die Minderheit beantragt deshalb, auf die Ausgaben von 408 100 Franken zu verzichten.

**Susanne Brunner (SVP):** Die Kürzung auf diesem Konto ist abzulehnen. Wir haben eine Zunahme von Baugesuchen verzeichnet. Mit der Kürzung wäre der Arbeitsaufwand nicht zu bewältigen.

S. 280	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4035</b>	<b>Amt für Baubewilligungen</b>			
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>088.</b>	Antrag Stadtrat			8 413 600 Mehrheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		408 100		8 005 500 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Kein Business Analyst für unstrukturierten Digitalisierungsprozess ohne Vorteile für Endnutzer; keine zusätzlichen Kreisarchitekten bei Abnahme von Baugesuchen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 089.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** Der Antrag ist verknüpft mit der Stelle des Business Analyst Digitalisierungsmanager aus Antrag 88. Das Amt für Baubewilligungen beantragt neben dem Business Analyst zusätzlich eine externe Begleitung des Digitalisierungsprozesses. Digitalisierung bedeutet eine Umstellung und dies kann zu Unbehagen führen. Dadurch entsteht rasch das Bedürfnis nach dem Griff zu einer externen Unterstützung. Gerade für eine Stadtverwaltung muss aber ein Digitalisierungswandel auch mit einem Nutzen für die Stadtbevölkerung verbunden sein. Die Minderheit erkennt noch nicht, wie die Kosten-Nutzen-Strategie überhaupt aussieht und ob man vorliegend wirklich von einem klar fokussierten Einsatz der Mittel ausgehen kann. Wenn wir uns nicht jetzt bereits mit der Frage auseinandersetzen, was die Veränderung für die Leute in der Verwaltung bedeutet und welche konkreten Vorteile sie für die Stadtbevölkerung bringt,

wird das Schlagwort Digitalisierung sehr schnell mit dem alten Begriff Bürokratie verbunden werden. Wir bitten deshalb darum, auf die externen Begleitmassnahmen zu verzichten.

**Susanne Brunner (SVP):** Es geht um die Einführung der Digitalisierung. Der Gemeinderat hat die Digitalisierung selber angefordert. Eine Programmbegleitung ist in diesem Punkt notwendig. Die Kürzung ist deshalb abzulehnen.

S. 281    **40**                    **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
           **4035**                    **Amt für Baubewilligungen**  
           **3130 00 000**        **Dienstleistungen Dritter**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>089.</b>	Antrag Stadtrat			1 351 900 Mehrheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		200 000		1 151 900 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Keine zusätzliche Programmbegleitung für unstrukturierten Digitalisierungsprozess ohne Vorteile für Endnutzer			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 090.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Severin Pflüger (FDP):** zieht den Antrag zurück: Wir ziehen den Antrag zurück. Dies sollte allerdings nicht zu einem grossen Aufatmen im Stadtrat führen. Wir sind grundsätzlich nicht glücklich, wie es mit der Schulraumplanung läuft. Damit sind wir nicht allein. Es hätte bei diesem Antrag fast für eine Mehrheit gereicht. Ich kann mir vorstellen, dass es unter anderen Vorzeichen bei einem ähnlichen Vorstoss für eine Mehrheit reichen wird. Wir befinden uns in der besonderen Situation, dass die Schule sehr viel neuen Schulraum braucht und dieser im Akkord zur Verfügung gestellt werden muss. Das ist anders als bei anderen Anspruchsgruppen in der Stadt, die alle 20 Jahre ein neues Verwaltungsgebäude, ein neues Hallenbad oder dergleichen benötigen. Im Bereich Schulraum muss man agil unterwegs sein, weil die Bevölkerung wächst und wir Schulraum brauchen. Zudem besteht auch eine Fragmentierung der Verantwortlichkeiten mit den Schulkreispräsidien. Es handelt sich um komplexe Situationen. Wenn man es dorthin verschiebt, wo die Schule effektiv stattfindet, erreicht man mehr. Man kann nun argumentieren, wir müssten 400 Schulzimmer erstellen und das sei eine riesige Aufgabe, das Projekt sei bereits im Gange, man solle jetzt bitte nichts ändern, weil das dann alles verzögere. Doch man muss das Problem lösen, wenn man es erkannt hat – bevor man den Schulraum erstellt hat. Nichtsdestotrotz ziehen wir den Antrag zurück.

## Stellenübertragung

S. 282 **40** **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
**4040** **Immobilien Stadt Zürich**  
**3010 00 000** **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>090.</b> Antrag Stadtrat			34 531 900
	1 350 000		33 181 900

S. 324 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**  
**5010** **Schulamt**  
**3010 00 000** **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
Antrag Stadtrat			197 809 400	Minderheit
			4 647 100 N	
		1 350 000	203 806 500	Mehrheit
				Abwesend
Begründung:	Übertragung von 28,9 Stellenwerten bei der IMMO (Portfolio Schul- und Sportbauten, ohne Immobilienmanagement) ins Schulamt per September 2020 prüfen (siehe Postulat GR Nr. 2018/478) (Betrag: 28,9 x Fr. 140 000, davon 1/3)			

Renate Fischer (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP) Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP) Alan David Sangines (SP)

Severin Pflüger (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 091.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Die Stadt hat vor zwei Jahren geplant, im Letzigrund innerhalb der Südkurve einen Zaun zu bauen, um den Südwesten und den Südosten von der Südkurve abzutrennen. Das hätte bedingt, dass man im Südosten der Südkurve neue WC-Anlagen hätte einbauen müssen, da heute nur im Südwesten Anlagen vorhanden sind. Diese sind aber vom Südosten aus durchaus auch zugänglich. Der Zaun ist im Übrigen völlig überflüssig. Es gibt schlicht keine Probleme zwischen Südwest- und Südostkurve. Wo es keine Probleme gibt, muss man sie auch nicht mit viel Geld lösen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat bereits vor zwei Jahren diese Kosten aus dem Budget gestrichen. Im letzten Budget wurde der Betrag wieder beantragt. Der Gemeinderat strich ihn erneut. Im aktuellen Budget wurde der Betrag nun erneut beantragt. Auf Rückfrage der RPK hat der Stadtrat bekanntgegeben, dass das Projekt nicht mehr weiterverfolgt wird. Wir begrüssen dies ausserordentlich. Entsprechend kann man auch die 30 000 Franken, die vorgesehen waren, problemlos streichen.

**Severin Pflüger (FDP):** Die FDP ist der Meinung, dass jeder seine Toilette haben sollte. Solange die Toiletten nicht vergoldet sind, spielt es keine Rolle.



Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Als GC-Fan kann ich etwas zur Südkurve sagen. Ich bin froh, dass die überwältigende Mehrheit im Rat der Auffassung ist, dass niemand die Toiletten braucht, weil die FCZ-Fans ihren Urin demnächst im «Ensemble» lösen werden und nicht im Letzigrund. Das stimmt mich zuversichtlich auf die wohl bald anstehende Abstimmung.

S. 285    **40**                    **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
              **4040**                   **Immobilien Stadt Zürich**  
              **500101 /**                **Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto /**  
              **5040 00 000**            **Hochbauten**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>091.</b>	Antrag Stadtrat			1 835 000	Minderheit
		30 000		1 805 000	Mehrheit
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
					Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Verzicht auf Trennung innerhalb der Südkurve und Einbau von neuen WCs (Stadion Letzigrund)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 092.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Ich bedaure, dass die FDP den Antrag 90 zurückgezogen hat. Wir können nun am Beispiel des Schulhaus Tüffenwies darüber sprechen, dass die bestehenden Strukturen für die Schulraumplanung dysfunktional sind. Von der IMMO wird ein Projekt aufgelegt, das im Quartier keine Chance auf eine Mehrheit hat. Das Projekt ist nicht abgestimmt mit der entsprechenden Schule, mit dem Quartier, mit der Kreisschulpflege und hat bereits eine Bauchlandung gemacht, bevor überhaupt mit der Planung angefangen wird. Es ist gut, dass die Bauchlandung frühzeitig kommt, sonst hätten wir viel Geld und Zeit verloren. Es werden nun Alternativstandorte geprüft. Der eine Standort befindet sich in der Nähe der Wiese, wo sich das Quartier gegen einen Bau ausgesprochen hat. Ein weiterer Standort liegt in der Nähe der Autobahn. Die Machbarkeitsstudien sind nun im Gange. Der Kredit von 1,9 Millionen Franken, der für die Planung des Schulhaus Tüffenwies beantragt wurde – das wie man mit ziemlich hoher Sicherheit festhalten kann, vermutlich nie gebaut wird – ist nicht mehr nötig. Der Betrag von 100 000 Franken würde dem Stadtrat ermöglichen, nach den Machbarkeitsstudien die erste Phase der Vorbereitung eines Projektwettbewerbs noch im Jahr 2020 aufzugleisen. Der Stadtrat hat allerdings zugesichert, dass die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sowohl der Kommission PRD/SSD vorgelegt werden sollen, die immer wieder darauf pocht, dass man frühzeitig informiert wird und im Planungsprozess mitreden kann, und

auch der RPK, die auf die Finanzen achtet, damit nicht Planungen gemacht werden, die zu nichts führen. Unter diesen Bedingungen empfehle ich eine Zustimmung für die Kürzung und hoffe, dass wir bald zu einer weniger dysfunktionalen Schulraumplanung kommen.

**Shaibal Roy (GLP):** Nach den Ausführungen von Walter Angst (AL) wechselt die GLP zur Mehrheit. Es lag ein Irrtum vor.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Zwei Punkte: Es ist in Ordnung mit dem Antrag. Im Projektablauf passt das. Als der Antrag gestellt wurde, war man noch in einer anderen Situation. Bezüglich der Planung des Schulhaus Tüffenwies wurde stets mit der Kreisschulpflege zusammengearbeitet. Das ist das eine. Zum Standort: Es ist primär der zweite Standort, der nun im Fokus steht. Wir klären, was dort machbar ist. Wir werden nicht nur die Spezialkommission und die RPK informieren, sondern auch in das Quartier gehen und dort darüber informieren. Es ist in Ordnung, wie der Antrag nun gestellt ist. Es passt in den Projektablauf und es kommt nicht zu einer Zeitverzögerung.

S. 294    **40**                    **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
           **4040**                **Immobilien Stadt Zürich**  
           **500672 /**            **Schulanlage Tüffenwies: Neubau /**  
           **5040 00 000**        **Hochbauten**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>092.</b>	Antrag Stadtrat			1 900 000	Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent
		1 800 000		100 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Nach Projektierung Alternativprojekt und Konsultation Gemeinderat frühestens im 2. Halbjahr mit Vorbereitung Wettbewerb beginnen. Dafür reichen im Jahr 2020 Fr. 100 000				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## SICHERHEITSDÉPARTEMENT

### Antrag 033.

Kommissionsreferentin:

**Christina Schiller (AL):** Der Stadtrat kommunizierte vor einigen Wochen, wie er den wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch «Mediterrane Nächte» umsetzen möchte. Das

*Setting des Stadtratsbeschlusses lässt aber nicht zu, dass man wissenschaftliche oder aussagekräftige Schlüsse ziehen könnte. Der Pilot findet an sechs Wochenenden statt. An zwei der geplanten Wochenenden ist Zürich jedoch mit der Street Parade und dem 1. August bereits im Ausnahmezustand. Vier Wochenenden in verschiedenen Quartieren sind nicht aussagekräftig. Deshalb kann man die 20 000 Franken für die externen BeraterInnen auch gleich sein lassen. Es wäre Geldverschwendung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Wir wechseln von der Enthaltung in die Zustimmung. Ich teile aber die Begründung der AL nicht vollständig. Wir möchten durchaus eine Auswertung haben. Ein derart simples Pilotprojekt kann man aber auch intern auswerten. Wir haben in der Stadt ein phänomenales statistisches Amt. Dieses kann Umfragen bei den Quartiervereinen, bei Bars, bei Polizistinnen und Polizisten machen, sich mit den entsprechenden Vertretern zusammensetzen und dann mit diesen zusammen einen Bericht schreiben. Das reicht und das funktioniert.*

**Florian Utz (SP):** *Die SP wechselt von der Enthaltung in die Ablehnung. Wir befanden uns in der Enthaltung, weil der Antrag in letzter Minute gestellt wurde. Entsprechend wollten wir zuerst Rücksprache halten mit der Fraktion. Für die Fraktion war es aber eine klare Sache. Wir haben die Auswertung der mediterranen Nächte mit einem Postulat bestellt. Wenn wir beim Stadtrat eine Bestellung aufgeben, er diese umsetzt und via Budget in Rechnung stellt, begleichen wir diese Rechnung selbstverständlich. Wir stimmen deshalb gegen den Antrag.*

**Nicole Giger (SP):** *Ich möchte nicht nochmals ausführen, weshalb Zürich die mediterranen Nächte braucht. Das Postulat, das die mediterranen Nächte fordert, wurde im Rat im April 2019 mit 77 Ja zu 27 Nein-Stimmen klar an den Stadtrat überwiesen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass es einen Pilot geben soll. Dazu gehört auch eine Auswertung. Dies wiederum bedingt eine wissenschaftliche Begleitung. Diese nun zu streichen, ist schlicht eine Missachtung des Willens des Gemeinderats. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.*

S. 183 25  
2500  
3132 00 000

**SICHERHEITSDEPARTEMENT**  
Sicherheitsdepartement Departementssekretariat  
Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>033.</b> Antrag Stadtrat	20 000		92 000 72 000	Zustimmung Enthaltung
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Keine wissenschaftliche Begleitung Versuch mediterrane Nächte				

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 034.

Kommissionsreferent:

**Ronny Siev (GLP):** Leider ist der Judenhass in Europa wieder präsent. Die Situation hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Regelmässig werden Juden und jüdische Einrichtungen in Europa angegriffen. Im Oktober 2019 war dies bei Synagogen in Berlin und Halle der Fall. Gestern gab es einen Angriff in New Jersey auf einen koscheren Laden, der zu sechs Toten führte. In Deutschland kommt grundsätzlich der Staat für die Sicherheit für die jüdischen Gemeinschaften auf. Nordrhein-Westfalen etwa gibt 3 Millionen Euro zum Schutz der jüdischen Gemeinden aus. In der Schweiz muss die jüdische Gemeinschaft massive eigene Sicherheitsvorkehrungen treffen. Sie bringt rund 7 Millionen Franken dafür auf. Das macht 600 Franken pro Gemeindemitglied. Das ist ein erheblicher Betrag. Die Kosten übersteigen die Grenzen des Belastbaren seit langem. Es kann nicht sein, dass gefährdete Gruppen für ihre Sicherheit vom Staat allein gelassen werden. Der Schutz der Bevölkerung vor Terroranschlägen und gewalttätigem Extremismus ist eine staatliche Kernaufgabe. Der Bundesrat hat im Oktober 2019 eine Verordnung für die Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen verabschiedet. Künftig beteiligt sich der Bund mit bis zu 500 000 Franken an der Sicherheit für Minderheiten pro Jahr, die besonders gefährdet sind, zum Ziel von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus zu werden. Die Stadtpräsidentin hat im Mai angekündigt, dass Zürich ebenfalls einen substanziellen Beitrag für die Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen sprechen wird. Wir beantragen deshalb, dass die Stadt ab 2020 jährlich 100 000 Franken für die Kosten für Sicherheit von Minderheiten budgetiert. Natürlich ist es nur ein erster Schritt. Es braucht auch Prävention. Es muss noch mehr getan werden, damit uns Situationen wie in unseren Nachbarländern erspart bleiben.

Weitere Wortmeldung:

**Dominique Zygmunt (FDP):** Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohung und Gewalt gehört zu den Kernaufgaben des Staats, unabhängig von Religion, Herkunft, Ansichten, Einstellungen, Orientierungen oder Aussehen. Wir sind besorgt und empört über jegliche Formen von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass und Angriffe auf Minderheiten aufgrund der sexuellen Orientierung dieser oder anderer Merkmale. Ebenso kritisieren wir Angriffe auf die Meinungsfreiheit. Es ist richtig und nötig, dass der Staat den Schutz von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen verstärkt. Geradezu grotesk sind jene Stimmen, die fordern, dass jede Glaubensgemeinschaft selber für ihren Schutz aufkommen müsse. Das widerspricht einem fundamentalen Baustein des liberalen Staats. Der Betrag im Budget der Stadt mag dahingehend einen Beitrag leisten. Er kann nicht alle Probleme lösen. Aber wir unterstützen diesen Beitrag aus Überzeugung.

S. - 25 SICHERHEITSDÉPARTEMENT  
2500 Sicherheitsdepartement Departementssekretariat  
3636 00 000 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034. Antrag Stadtrat			0	

100 000	100 000	Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung:	Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

#### Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Vor rund acht Jahren begann die Stadtpolizei, eine neue Art der Auswertung der Einsätze gegen Einbruchsdiebstahl in Einfamilienhausquartieren zu testen. In der Vergangenheit hat jeweils ein Polizist mit Nadeln auf einer Karte festgehalten, an welchen Orten die Einbrüche stattfinden. Danach ging man dazu über, über eine Schnittstelleneingabe zu verfolgen, wo Diebesbanden unterwegs sind und wo man in den nächsten zwei Tagen Polizisten vorbeischickt, um der Banden habhaft zu werden. Das Projekt war sehr erfolgreich. Man konnte Ressourcen sparen. Systematische Vorgänge machen es in diesem Bereich möglich, dass man die Regionen ziemlich genau analysieren kann. Man sprach damals bereits davon, dass man dadurch künftig viele Massendelikte rationeller bekämpfen könnte. Die Stadtpolizei hat dann auch bei Gewerbeobjekten und in Fällen von Taschendiebstahl, Raub, Entreissdiebstahl und Fahrzeug-einbruch getestet, ob man einen Algorithmus ins System einspeisen könnte, der etwas bewirken würde. Dies war aber nicht der Fall. Offensichtlich macht das System primär bei Einbruchdiebstahl in Einfamilienhausquartieren Sinn. Trotzdem soll das System nun netzwerkfähig gemacht werden, damit die Informationen direkt den Streifenpolizisten zugesendet werden können. Aus unserer Sicht ist eine Weiterentwicklung eines elektronisch gesteuerten Polizeieinsatzes nicht sinnvoll. Was wir brauchen, sind Quartierpolizisten, die die Nachbarschaft kennen. Man kann die hier beantragte Investition problemlos streichen. Wir möchten zudem ein Zeichen setzen, dass man das Smart Policing nicht auf die Spitze treiben sollte. Das bisherige System mit den Einbruchsdiebstählen kann aus unserer Sicht aber weitergeführt werden.

**Derek Richter (SVP):** Bei der Software handelt es sich um sogenannte «Pre Crime Observation Systems». Sicherheit ist die elementarste Aufgabe des Staats. Die Software ist vor allem bei der Einbruchsprävention bei mehreren Polizeicorps sehr erfolgreich im Einsatz. Bei Beziehungs-, Spontandelikten oder Hooliganismus nützt sie nichts. Aber die Einbrüche in den Einfamilienhausquartieren werden durch internationale Banden vorgenommen. Die SVP ist der Ansicht, dass die Schweiz besser an der Grenze verteidigt würde. Aber eine Mehrheit, die Verantwortung übernimmt, folgt dem Antrag des Stadtrats.

S. 190 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**  
**2520** **Stadtpolizei**  
**3132 00 000** **Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>035.</b>	Antrag Stadtrat			3 075 700 Mehrheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		50 000		3 025 700 Minderheit Abwesend	Walter Angst (AL) Referent Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Verzicht Weiterentwicklung des «Pre Crime Observation System» (Precobs)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 036. und 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stephan Iten (SVP):** Die Stadt Luzern ist bekannt dafür, dass sie viele automatische Verkehrskontrollanlagen hat. Sie zählt insgesamt 22 Blitzkästen. Davon sind sieben im Einsatz. Zürich hat knapp 100 automatische Verkehrskontrollanlagen und alle davon sind im Einsatz. Auch wenn man die Statistik in der Schweiz betrachtet, sei es nun bezüglich Anzahl Anlagen pro Stadt oder pro Kopf, liegt Zürich ganz vorne. Bei 100 Anlagen scheint es uns langsam an der Zeit, dass man eine Reduktion vornimmt. Wir wollen nicht, dass Zürich zu einem Überwachungsstaat wird. Auf unsere Anfrage hiess es, die Anlagen seien 10 Jahre im Betrieb. Wir müssen aber Jahr für Jahr Kästen ersetzen, die ihr «Alter» bereits erreicht haben. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, dass man fünf feste Anlagen nicht mehr ersetzt. Dies betrifft jene an der Duttweilerbrücke/Hohlstrasse, Talstrasse/Pelikanstrasse, Überlandstrasse und zwei am Bürkliplatz. Sie haben nichts mit Verkehrssicherheit zu tun. Zudem gibt es drei semi-stationäre Anlagen, die man ebenfalls nicht ersetzen müsste. Damit könnte man bei den Beschaffungskosten 1,8 Millionen Franken streichen. Wir sprechen hier von den Anlagen, die ersetzt werden müssen. Wenn eine defekt ist, muss man sie halt, wenn es sein muss, ersetzen. Bei fünf Anlagen kommen wir auf rund 1,5 Millionen Franken an Bussen. Wenn wir das Budget 2018 und die Rechnung 2018 betrachten, liegt eine Differenz von 4 Millionen Franken vor. Nehmen wir die 1,5 Millionen Franken dazu, ergibt dies 5,5 Millionen Franken. Wir beantragen deshalb, dass auf dem Bussenkonto 5 Millionen Franken gestrichen werden.

**Florian Utz (SP):** Stephan Iten (SVP) sprach nun etwas gar sanft über jene Personen, die ihre Mühe mit unseren demokratisch beschlossenen Strafgesetzen haben. Je nach Ausmass der Geschwindigkeitsübertretung sprechen wir nicht über schwere Verbrechen, aber es geht klar um Gesetzesverstösse. Wir sprechen nicht über einen Ausbau der Massnahmen, sondern über die Weiterführung der bisherigen Massnahmen. Ich

*habe wenig Verständnis dafür, dass man nicht einmal die bisherigen Massnahmen weiterführen will. In unserer Stadt sterben wesentlich mehr Menschen durch Verkehrsunfälle als durch Gewaltdelikte. Damit will ich nicht sagen, dass Gewaltdelikte kein Problem sind. Wir unterstützen auch Massnahmen gegen Gewaltkriminalität. Das ist keine Frage. Aber wir unterstützen auch Massnahmen zur Verkehrssicherheit und Geschwindigkeitskontrolle. Wir unterstützen diese Kontrollen, um an Kreuzungen zu gewähren, dass rote Ampeln nicht missachtet werden. Das gehört zur Verkehrssicherheit. Die überwiegende Mehrheit des Rats steht für die Sicherheit unserer Bevölkerung ein.*

Weitere Wortmeldungen:

**Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Persönlich bin ich nicht für Ordnungsbussen und fahre sicherheitshalber immer etwas unter dem vorgeschriebenen Tempo. Ich habe dann stets Autofahrer hinter mir, die mir nah auffahren und die Lichthupe betätigen, weil ich zu langsam fahre. Einmal wurde ich gar von einem Polizeiauto gestoppt, weil ich zu langsam fuhr. Dazu führt es, wenn man sich sehr verordnungsgetreu verhält. Eines ist aber klar: Die Anlagen dienen nicht nur der Sicherheit. Es wird darauf abgezielt, dass man dadurch Geld einnehmen kann, besonders, wenn die Anlagen als Falle daherkommen. In jenen Fällen wird mit den zusätzlichen Millionen Franken Budgetpolitik betrieben. Florian Utz (SP) sagte, es gehe um die Gesetzesverstösse, was auch richtig ist. Gesetzesverstösse dürfte man aber gar nicht budgetieren, da sie nicht vorkommen dürften. Wenn sie dann doch vorkommen, wären es ausserordentliche Erträge, die man als solche einnehmen müsste. Man müsste dieses Geld dann aber nicht gleich wieder ausgeben, sondern es für die Schuldentilgung bereitstellen. Man sieht genau, wohin dieses Vorgehen führt: Erträge von 62 Millionen Franken, die es gar nicht geben dürfte, führen zu einem Überschuss von 32 Millionen Franken. Würde man diesen Posten streichen und die ausserordentlichen Erträge für die Schuldentilgung verwenden, hätten wir ein Defizit von 30 Millionen Franken. Aus meiner Sicht ist es nicht in Ordnung, wie hier Budgetpolitik betrieben wird.*

**Stephan Iten (SVP):** *Florian Utz (SP) scheint es wichtig zu sein, dass Gesetzesverstösse konsequent geahndet werden. Dann frage ich mich allerdings, warum die SP den Vorstoss der SVP nicht unterstützen wollte, in dem wir eine vermehrte Kontrolle der Velofahrer forderten. Dort könnte man ebenfalls mit der Verkehrssicherheit argumentieren. Es wäre nur konsequent, wenn man dies so will. Dann sollten aber alle Gesetzesverstösse gleichermassen geahndet werden. Zur Verkehrssicherheit: Wir haben wiederholt nachgefragt. Als der Stadtrat nicht mehr begründen konnte, dass die Anlagen mit der Verkehrssicherheit zu tun haben, schwenkte er um und sprach von Unfallprävention. Schliesslich kam er dann noch mit der Aussage, dass die Anlagen auf Wunsch der Bevölkerung aufgestellt würden. Selbstverständlich haben die Anlagen mit Verkehrssicherheit zu tun, wenn sie zum Beispiel bei Kindergärten oder Altersheimen stehen. Aber wenn man sie hinstellt und sie dazu auch noch versteckt, weiss man, dass es nichts mit Verkehrssicherheit zu tun hat, sondern, dass dadurch nur Einnahmen generiert werden sollen.*

S. 192 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**  
**2520** **Stadtpolizei**  
**4270 00 000** **Bussen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>036.</b>	Antrag Stadtrat			-62 100 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			5 000 000	-57 100 000 Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung: Streichung der 8 Ersatzblitzkästen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 037.

Wortmeldungen siehe Antrag 036.

S. 192 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**  
**2520** **Stadtpolizei**  
**501415 /** **Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge /**  
**5060 00 000** **Mobilien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>037.</b>	Antrag Stadtrat			9 505 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
		1 800 000		7 705 000 Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung: Keine automatische Verkehrskontrolle ersetzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Wir hoffen bei diesem Smart-Policing-Antrag auf mehr Gehör. Bei der Stadtpolizei wird intensiv mit IT-Anwendungen gearbeitet. Bei diesem Antrag geht



es darum, dass man die Frontpolizisten mit Informationen ausrüstet. In den Dienstfahrzeugen treffen auf dem Computer und den Smartphones jeweils laufend Meldungen ein, wo man hinfahren muss. Dieses System soll nun optimiert werden. Es sollen weitere Punkte in das Informationssystem einfließen. So etwa müssen Nebenaufträge mitgeteilt werden wie zum Beispiel entflohene Schlangen, damit der Polizist vor Ort gleich handeln und intervenieren kann. Nun sollen aber alle Veranstaltungsbewilligungen für jeden Frontpolizisten auf dem Tablet georeferentiell ersichtlich sein, damit er unmittelbar sieht, ob ein Strassenmusiker eine Bewilligung hat und ob er am richtigen Ort steht. Hier schießt die Stadtpolizei massiv über das Ziel hinaus. Der aktuelle Stand hilft, den Einsatz zu optimieren. Aber wir halten es für falsch, die Schraube weiter anzuziehen, gerade in diesem Bereich. Es gab diverse Publikationen, was eine Stadt ausmacht. Es ist gut für eine Stadt, wenn die Regeln nicht zu strikt sind. Was in der Stadtpolizei nun aber produziert wird, ist die Durchsetzung jeder kleinsten Regel bei den Veranstaltungsbewilligungen, und dies über sämtliche Polizisten, die über die Stadt verteilt unterwegs sind. Es ist bekannt, dass stets ein Streifenwagen umherkurvt und immer jemand vor Ort ist. Man muss dies stoppen. Die 90 000 Franken könnte man bei der Polizei klüger einsetzen.

**Roberto Bertozzi (SVP):** Walter Angst (AL) spricht sich im Zeitalter der Digitalisierung immer wieder gegen die Digitalisierung aus und nennt jeweils den Übereifer der Polizei als Begründung. Auch ich bin der Meinung, dass man mit Augenmass vorgehen sollte. Man sollte aber den Polizisten auch die entsprechenden Kompetenzen geben. Wenn man dies tut, werden aber stets dieselben Vorwürfe laut, es werde nicht alles gleich gehandhabt, es sei Willkür vorhanden, einer würde gebüsst, der andere in der gleichen Situation nicht. Man kann dies aber nicht über die Verhinderung der Digitalisierung lösen. Deshalb lehnen wir den Kürzungsantrag von 90 000 Franken ab.

S. 192 25  
2520  
501412 /  
5200 00 000

**SICHERHEITSDÉPARTEMENT**  
**Stadtpolizei**  
**Anschaffung Software /**  
**Software**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>038.</b>	Antrag Stadtrat			1 230 000 Mehrheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		90 000		1 140 000 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Verzicht «Einsatzzentrale. Mobile Lösungen»: Daten über Veranstaltungen usw. georeferentiell an alle Einsatzkräfte liefern			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Andreas Egli (FDP):** Die Stadtpolizei hat ein Mahnverfahren für Bussen eingeführt, die nicht bezahlt werden. Dadurch ist die Fallzahl beim Stadtrichteramt massiv gesunken. Die Gebühreneinnahmen sind um einen Viertel gesunken. Die Verfügungen, die Gebühren müssen kostendeckend sein. Es geht um den Aufwand des Amtes bei der Veranschlagung der Gebühren beziehungsweise der Kosten. Wir wollen jedoch nicht den ganzen Viertel beim Personal kürzen, sondern nur einen kleinen Anteil von 250 000 Franken.

**Florian Utz (SP):** Der Antrag klingt auf den ersten Blick logisch. Ein Viertel weniger Fälle führt dazu, dass man ungefähr einen Viertel der Ressourcen beim Personal streichen kann. Man muss aber verstehen, wie das Stadtrichteramt arbeitet und wie der Ablauf aussieht. Wenn man eine Ordnungsbusse erhält und diese nicht zahlt, geht der Fall an das Stadtrichteramt. Dieses stellt einen sogenannten Strafbefehl aus, bestehend aus einer Busse sowie einer Gebühr. Erst wenn gegen den Strafbefehl eine Einsprache erhoben wird, führt das Stadtrichteramt eine Untersuchung durch, die dann jeweils viel Arbeit generiert. Das Zusenden des Strafbefehls allein gibt keine Arbeit. Die Frage ist, welches Viertel der Fälle nun entfällt. Leute, die bislang keine Mahnung erhalten haben, erhalten durch den Gemeinderatsvorstoss neu eine Mahnung auf die Ordnungsbusse. Diese Leute entfallen nun. Aber die Zahl jener, die eine Einsprache machen und deren Fälle dadurch offiziell untersucht werden müssen, bleibt gleich hoch. Man könnte einzig bei den Portokosten und bei den Druckkosten sparen. Dort sind die Ausgaben leicht sinkend. Aber gerade bei den Untersuchungen, die personalintensiv sind, bleibt im Wesentlichen alles gleich. Aus diesem Grund kann man das Personal nicht streichen.

Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP befand sich bisher in der Enthaltung. Der Rückgang der Gebühren ist überwiegend darin begründet, dass es Personalengpässe gab und weniger Geschäfte verfügt wurden. Für die Zukunft hofft man, dass die aufgestauten Geschäfte nun auch abgearbeitet werden können. Das Stadtrichteramt hat sich zum Ziel gesetzt, die Pendenzen zu reduzieren. Deshalb werden wir die Stellen sprechen und unterstützen den Stadtrat.

S. 194	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDÉPARTEMENT</b>			
	<b>2525</b>	<b>Stadtrichteramt</b>			
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>039.</b>	Antrag Stadtrat			6 320 600 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP)
		250 000		6 070 600 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Die Gebühreneinnahmen gingen erheblich (rund 1/4) zurück. Darin manifestieren sich erhebliche Minderaufwendungen an Arbeit bzw. eine deutlich geringere Fallzahl. Damit sollten mindestens 3 bis 5 Stellen gekürzt werden können

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 040. und 041. (Postulat GR Nr. 2019/517).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sven Sobernheim (GLP)** begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1965/2019): Aus unserer Sicht haben Uniformen im 21. Jahrhundert zwei Funktionen. Sie schützen Personen, indem sie eine Brandschutzfunktion haben, als schuttsichere Weste dienen oder aber zu Repräsentationszwecken getragen werden, wenn man an eine Vereidigung oder dergleichen eingeladen ist. Dass man im 21. Jahrhundert aber noch Uniformen trägt, damit man sich im Büro gegenseitig den Dienstgrad anzeigen kann, scheint uns nicht mehr zeitgemäss. Dies unser Votum zu Antrag 40. Bei Antrag 41 geht es noch um mehr. Wir haben in zahlreichen Departementen Fragen zur Dienstkleidung gestellt. Die linke Hand weiss offenbar nicht, was die rechte tut und wer für wen was bestellt. So bestellt zum Beispiel das Tiefbauamt die Dienstkleidung für Grün Stadt Zürich und das ewz, aber nicht für ERZ. Deshalb haben wir uns gesagt: Bei der Fahrzeugbeschaffung existiert eine funktionierende, koordinierte Beschaffung und dies müsste man auch auf die Beschaffung der Dienstkleidung anwenden können. Das heisst nicht, dass nur noch eine einzige Abteilung die Kleider einkaufen soll. Aber man muss wissen, wer was einkauft. Dadurch könnte man vielleicht auch Kleinstmengen in grösseren Mengen unterbringen. Man sollte auch an die VBZ-Ausschreibung denken. Die VBZ sagten, sie bräuchten jemanden, der die Kleider entwickelt, produziert, unterhält und dann auch liefert. Eine eierlegende Wollmilchsau ist logischerweise teurer, als wenn man jeden Bestandteil einzeln ausschreibt und bestellt. Der Vorstoss zielt nicht darauf ab, dass eine grosse Abteilung allein für alle anderen Abteilungen Kleider bestellt. Aber wir fordern eine koordiniertere Beschaffung, die günstiger ist, durch die man grössere Mengen bestellen kann und durch die eine gewisse Einheitlichkeit in den Beschaffungskonditionen für unsere Mitarbeiter in Zürich generiert werden kann.

**Roberto Bertozzi (SVP):** Zu Antrag 40: Wir lehnen den Antrag ab. Nicht, weil wir sagen, dass die Idee nicht gut wäre. Aber wir wissen, dass es bei der Polizei die sogenannte Uniformpolizei gibt. Diese Personen tragen bei der Arbeit Uniform. Dann gibt es Detektive, welche im Büro arbeiten und in der Regel keine Uniform tragen. Sie haben eine andere Aufgabe. Die Uniformpolizei hat die Aufgabe, die Repräsentation gegenüber der Bevölkerung sicherzustellen. Man kann dort aber überlegen, ob man die Farbe der Anzüge der Motorradfahrer wirklich wieder von lemon auf orange wechseln will. Jede Berufsgattung hat offenbar eine Farbe. Bei der Polizei ist dies grundsätzlich blau, bei den Bauarbeitern orange und beim Militär grün. Wenn die Westen gelb sind, kann man differenzieren, dass die Motorradfahrer keine Bauarbeiter sind, sondern Polizisten. Das fand ich gut. Früher waren wir bei orange. Dann wechselte man auf lemon. Nun möchte man offenbar wieder zurück zu orange, was ich persönlich als Rückschritt betrachte. Wir lehnen die Verbesserung von 3000 Franken ab.

**Walter Angst (AL)** stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Stadt verfügt in der Finanzverwaltung über eine Beschaffungskoordination. Wir haben ausführliche Antworten erhalten, wie die Beschaffung funktioniert. Eine zentrale Beschaffung macht keinen Sinn, gerade bei den Kleidern. Dort gibt es teilweise sehr spezifische Bedürfnisse. Es macht aber Sinn, wenn man gewisse Punkte koordiniert und Lead Buyers definiert. Was im Postulat gefordert wird, ist genau das Gegenteil, nämlich eine Zentralisierung: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Beschaffung von Dienstkleidern in der Stadtverwaltung zentral organisiert und vor allem koordiniert werden kann.» Damit würde man über alles hinweggehen, was in den letzten drei Jahren sinnvoll in Kooperation mit den Dienstabteilungen und ihren jeweiligen Bedürfnissen aufgebaut wurde. Der hier im Postulat vorgeschlagene Ansatz geht Richtung Zentralisierung. Die Parteien, die dies nun vorschlagen, kritisieren aber wiederum immer wieder die IMMO und andere zentrale Dienstabteilungen. Hier fehlt eine gewisse Kohärenz der politischen Interventionen dieser Parteien.

Weitere Wortmeldungen:

**Stephan Iten (SVP):** Zum Postulat: Es geht um Dienstkleider. Diesen Bereich kann man sehr gut zentral koordinieren. Die Masse macht es aus. Generell gilt bei Zentralisierungen, dass verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssen. Bei Dienstkleidern macht eine Zentralisierung aber wirklich Sinn. Ich komme aus der Werkzeugbranche. Wenn die Stadt in jenem Bereich etwas ausschreibt, wird in der Regel einfach derjenige berücksichtigt, der alles aus einer Hand anbieten kann. Wenn natürlich jemand Ware zusätzlich beschaffen muss, nur damit er alles liefern kann, was die Stadt verlangt, kommt es der Stadt nicht günstiger, denn man muss die Beschaffungskosten für das Produkt, das man nicht im Programm führt, wieder aufrechnen. Doch es gibt Spezialisten, die entsprechende Lager führen und die die Beschaffungskosten ganz anders kalkulieren können. Dort macht es Sinn, dass man sich auf Spezialisten beruft. Jeder hat irgendwo einen Vorteil und das käme dann auch wieder der Stadt zugute. Auch wenn man dann an fünf verschiedenen Orten bestellen muss und entsprechend jedes Mal Portokosten anfallen, fährt man günstiger, weil die Preise auf jeden Fall grundsätzlich anders aussehen. Bei der Dienstkleidung handelt es sich aber tatsächlich um ein Produkt, das man zentralisieren kann. Wir würden dies unterstützen. Was der Kürzungsantrag genau bedeutet und was er mit dem Postulat zusammen bewirken soll, habe ich nicht verstanden. Wir lehnen den Kürzungsantrag ab.

**Florian Utz (SP):** Wir lehnen den Kürzungsantrag ab. Er ist nicht sehr ergiebig. Dem Postulat hingegen stimmen wir zu. Bei diesem Budgetposten ist es nicht so, dass es sich um Büroleute handeln würde, die ausschliesslich im Büro tätig sind. Diese Personen müssen mit Dienstkleidern ausgerüstet sein, weil sie auch Pikettfunktion haben und jederzeit damit rechnen müssen, dass sie ausrücken müssen. Dass man bei diesen Einsätzen nach aussen durch Dienstkleidung erkennbar ist, ist sinnvoll. Die Notwendigkeit von Dienstkleidern wird von Schutz und Rettung mit dem Korpsgeist begründet. Diese Begründung scheint mir etwas antiquiert. Wenn der Korpsgeist nur dank Dienstkleidern hergestellt werden kann, gibt es möglicherweise einige Probleme im Hintergrund, die man angehen muss. Nichtsdestotrotz ist die Ausstattung mit Dienstkleidern in den vorgeschlagenen Fällen sinnvoll. Es ist ebenfalls sinnvoll, wenn man prüft, wie dies über eine zentrale Organisation geregelt werden kann. Der Stadtrat verfügt über Spielraum, in welche Richtung diese Organisation aufgebaut werden kann. Die Beschaffungspreise für die Kleider sind aus meiner Sicht erstaunlich und lassen sich nicht allein dadurch erklären, dass man die Kleider fair beschafft und die Näherinnen in Bangladesch 80 Rappen statt 40 Rappen für ein T-Shirt erhalten. Die GLP greift mit dem Postulat einen wichtigen Punkt auf.

**Marcel Bührig (Grüne):** Die Grünen lehnen sowohl Antrag als auch Postulat ab. Zum Antrag wurde bereits das Wesentliche gesagt. Zum Postulat möchten wir anmerken, dass es aus unserer Sicht nicht unbedingt Sinn macht, alles zu zentralisieren. Der Rettungsdienst hat deutlich andere Anforderungen an seine Dienstkleider als zum Beispiel Grün Stadt Zürich. Wenn man bei Dienstkleidern von spezialisierten Dienstabteilungen zusätzliches Synergiepotenzial nutzen möchte, wäre es interessant, einmal mit benachbarten Polizeikörpern oder Rettungsdiensten zu sprechen. Möglicherweise könnte man etwas gemeinsam koordinieren und beschaffen. Das Postulat in seiner aktuellen Form macht aus unserer Sicht wenig Sinn. Gewisse Dienstabteilungen haben sehr spezifische Anforderungen. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

**Bernhard im Oberdorf (SVP):** Das Postulat macht durchaus Sinn. Es ist relativ offen formuliert. Gerade wenn verschiedene Bedürfnisse da sind, sollten die einen wissen, was die anderen tun, damit es nicht zu Doppelspurigkeiten kommt. Das halte ich für vernünftig. Wenn man einen Einkauf gemeinsam tätigen könnte, könnte man damit auch erreichen, dass man dank einer Kostendegression günstiger einkaufen könnte. Somit macht es auch von dieser Seite her Sinn. Was hingegen unverständlich scheint, ist der Betrag von 3000 Franken, den man nun einsparen will. Vermutlich geht es nicht um die 3000 Franken. Ich habe den Eindruck, dass Sven Sobernheim (GLP) einfach gegen das Tragen von Uniformen polemisieren wollte. Uniformen tragen aber auch zur Transparenz bei, indem sie über die Abzeichen die Identität anzeigen. Es ist nicht unbedingt nur etwas für den Korpsgeist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

**STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, aber eher um zu zeigen, dass man so etwas grundsätzlich machen könnte, als um zu signalisieren, dass es eine brandneue Idee ist, die man unbedingt umsetzen müsste. Wir haben sehr viele Antworten geliefert. Es ist deshalb eine leichte Enttäuschung, dass die GLP den Vorstoss nicht zurückzieht. Wir haben längst Lead Buyers in der Stadtverwaltung, die zum Beispiel T-Shirts dienstabteilungsübergreifend einkaufen. Es gibt weitere Beispiele, die wir in den Antworten bereits aufgeführt haben. In gewissen Fällen macht es keinen Sinn, weil die Anforderungen sehr unterschiedlich und spezifisch sind. Wenn man nur einen Anbieter für alles berücksichtigt, gibt es am Ende keine anderen Anbieter mehr und der Markt spielt nicht mehr. Da müsste man mir erklären, wo der Synergieeffekt und der Gewinn für die Stadt sein sollen. Auch auf diesen Effekt haben wir die RPK hingewiesen. Irgendwo gibt es Grenzen. Je mehr Anforderungen es gibt, desto grösser wird die Einnengung des möglichen Angebots. Wir werden prüfen, wo sich etwas machen lässt. Es kann aber nicht zentral organisiert werden. Die Finanzverwaltung ist nicht dafür eingerichtet. Es muss dezentral passieren – dort, wo letztlich die Mengen auch benötigt werden.

S. 198 **25**  
**2550**  
**3112 00 000**

**SICHERHEITSDEPARTEMENT**  
**Schutz & Rettung**  
**Anschaffung Kleider, Wäsche, Vorhänge**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>040.</b>	Antrag Stadtrat			1 279 500	Mehrheit
		3 000		1 276 500	Minderheit
					Abwesend
	Begründung:	Reduktion Anzahl Sets von Dienstkleider			

Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)  
Shaibal Roy (GLP) Referent  
Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

**2024. 2019/517**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2019:**

**Zentrale Koordination und Beschaffung von Dienstkleidern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1965/2019).

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 040.

Das Postulat wird mit 72 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Schoch (FDP):** Es geht um eine Verbesserung von 1,2 Millionen Franken.

*Bei diesem Posten fühlen wir uns in vergangene Zeiten zurückversetzt. Früher sprach man auch stets von einer Strategie und hat damit Kosten begründet. Gerade bei der Spitälerstrategie wussten wir lange nicht, warum genau die Gelder gesprochen werden. Die Strategie wurde erst präsentiert, als das Geld bereits ausgegeben worden war. Der Gemeinderat darf zwar zu den Strategien nicht viel sagen, hat aber immer noch die Budgethoheit. Ich hätte mir gewünscht, dass der Stadtrat mit einer entsprechenden Weisung gekommen wäre und wir gewusst hätten, wozu er die 1,2 Millionen Franken einsetzen möchte. Die FDP ist nicht gegen die Altersstrategie, im Gegenteil. Wir sind auch nicht gegen Ausgaben in diesem Zusammenhang. Wir sind aber dagegen, dass man einfach 1,2 Millionen Franken ins Budget stellt, ohne aufzuzeigen, wozu sie verwendet werden sollen – insbesondere, weil wir die Strategie vor fast zwei Jahren selber gefordert haben und bis jetzt keine konkreten Massnahmen gesehen haben. Wir haben in diesem Thema durchaus Zeit für die Umsetzung. Es ist nicht klar, warum man nun auf die Schnelle einen Betrag festlegt, wenn man doch auch zuerst einmal die Strategie besprechen könnte und danach die Massnahmen das Budget entsprechend festlegen könnte.*

**Alan David Sangines (SP):** *In den vergangenen Jahren hat die Stadt intensiv an einer neuen Altersstrategie gearbeitet. Das Ziel ist, dass ältere Menschen auch in der heutigen Zeit und unter den veränderten Bedingungen in der Stadt gut und selbstbestimmt leben können. Mit der Umsetzung der Altersstrategie soll 2020 rasch begonnen werden. Die Altersstrategie ist umfassend und beinhaltet verschiedene Pilotprojekte, die gleichzeitig laufen werden. Für eine seriöse Umsetzung und Evaluation ist auch eine Begleitung durch externe Fachexpertinnen und Fachexperten notwendig. Es ist nicht so, dass man einfach Geld budgetiert hat und nicht genau weiss, wofür es ist. Das Departement hat in den Detailantworten aufgelistet, welcher Betrag wofür geplant ist. Ich werde aus Zeitgründen nicht alle Pilotprojekte vorlesen, man kann dies aber in den Detailantworten nachlesen. Die RPK gibt die Liste mit den Antworten gerne ab. Anhand der Antworten ist ersichtlich, dass das Geld sinnvoll eingesetzt wird. Die Mehrheit lehnt den Antrag deshalb ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** *Im Januar haben wir im Rat eine Altersdebatte geführt, in der mehr oder weniger alle der gleichen Meinung waren. Mittels rund einem Dutzend von Vorstössen erfolgte der Auftrag an den Stadtrat, dass wir eine neue Altersstrategie entwickeln und entsprechende Schwerpunkte definieren sollen. Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv daran gearbeitet und sind auf Kurs. Im ersten Quartal 2020 werden wir die Altersstrategie präsentieren können. Die Altersstrategie wird viele der Forderungen beinhalten, die der Rat uns gestellt hat. Dies ist auch die Fachmeinung, die wir bei Grossgruppenveranstaltungen oder Online-Befragungen eingeholt haben. Die meisten Meinungen gehen in die gleiche Richtung. Mich erstaunt an diesem Antrag aber ein Punkt: Wenn man eine Strategie definiert hat, braucht es auch eine Umsetzung. Jeder, der eine Strategie umgesetzt hat, weiss, dass es dann ein paar Franken braucht. Das ist auch hier der Fall und wir haben diese Beträge bereits geplant. In den Antworten haben wir aufgeführt, wie wir diese Gelder – oder zumindest einen Teil davon – einsetzen möchten. Bei einem Teil ist es bereits klar. Wir wollen die Altersstrategie nicht auf die lange Bank schieben. Wir wollen unmittelbar nach der Verabschiedung durch den Stadtrat mit der Umsetzung der verschiedenen Massnahmen starten. Es handelt sich um verschiedene Pilotprojekte, neue Informations-/Onlineplattformen und neue Wohnformen. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt die Altersstrategie noch nicht im Detail bekanntgeben. Aber es ist klar, dass*

wir ab dem zweiten Quartal 2020 mit der Umsetzung starten werden. Dazu benötigen wir diese Gelder.

S. 209 30  
3000  
3132 00 000

**GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**  
Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat  
Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>042.</b> Antrag Stadtrat			1 790 000 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	1 200 000		590 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP) Referent Mehrheit
Begründung: Altersstrategie ist abgeschlossen, Umsetzung ohne Drittleistung				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Walter Angst (AL):** Die Mehrheit der RPK beantragt auf diesem Konto eine Kürzung um 900 000 Franken. Es geht um 5,9 Stellen, die in der Koordination Klimavorstösse im Umwelt- und Gesundheitsschutz als neue Abteilung geschaffen werden sollen. Die Klimavorstösse sind eine Liste von rund 60 verschiedenen Vorstössen. Dahinter steht eine neue gebildete Organisation, die Koordination Klimapolitik und dazu der Auftrag des Stadtrats an den Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ), ein Kompetenzzentrum aufzubauen, um die neue Klimastrategie auszuarbeiten. Hier zeigt sich die Schwierigkeit, die Stadtverwaltung in eine moderne Organisation überzuführen. Man hat verschiedene Politikfelder. Jedes davon hat in der Klimapolitik wiederum vier bis sechs Dienstabteilungen, die dafür zuständig sind. Im Bereich Energieproduktion sind das ERZ Fernwärme, ewz und Energie 360°. Im Bereich Verkehr ist es noch viel deutlicher mit dem Tiefbauamt, der Dienstabteilung Verkehr und weiteren Abteilungen, die sich um den Verkehr kümmern. Bei den Gebäudeprogrammen ist es dasselbe mit dem Hochbaudepartement, der Liegenschaftenverwaltung, der zentralen Energieberatung im UGZ. Wenn man das in der Klimapolitik hochrechnet, gibt das einen Wasserkopf, der rund 20 Dienstabteilungen beinhaltet, die koordiniert werden müssen. Wenn man es auf diese Weise angeht, ist es logisch, dass man sechs Stellen braucht, um überhaupt in die Gänge zu kommen und ein Programm entwickeln zu können. Unserer Meinung nach wird es mit der Klimastrategie mit Netto-Null-Ziel per 2030 nicht funktionieren. Der Zeitpunkt ist gekommen, dem Stadtrat ein Signal zu setzen, dass man so nicht vorgehen kann. Wir müssen es organisatorisch anders aufgleisen. Man kann nicht die Verantwortung einfach an Stadtrat Andreas Hauri abgeben, der faktisch ein König ohne Truppen ist und ausser dem UGZ faktisch nur die Energieberatung bei sich hat. Die zentralen Punkte sind Ge-



bäudeprogramme, Energieproduktion, Heizung, Verkehr und Grün Stadt Zürich. Der Antrag richtet sich nicht gegen die Fachleute, die die Grundlagenarbeit für eine sinnvolle Umsetzung der Vorstösse leisten. Zur aktuellen Organisationsform sagen wir Nein. Man sollte es sich nochmals überlegen und nochmals neu anfangen.

**Guy Krayenbühl (GLP):** Wir haben im Klimabereich sehr viele Vorstösse überwiesen. Der Stadtrat hat sich entschieden, diese zu koordinieren. Unsere kritische Betrachtung der Vorstösse hat gezeigt, dass es einige Vorstösse hat, bei denen man sich fragen kann, ob man sie dazurechnen soll oder nicht. Wir sind der Meinung, dass es nicht ganz so viele Stellen wie beantragt braucht und dass es mit zwei Stellen weniger und einer gewissen Effizienz ebenfalls funktionieren wird.

**Alan David Sangines (SP):** Dass der Klimawandel eine massive Bedrohung ist, ist bei allen bis auf ein paar faktenresistente Personen angekommen. Der Gemeinderat hat verschiedenste Vorstösse zum Thema eingereicht. Knapp 60 Vorstösse sind hängig, unter anderem das ehrgeizige Netto-Null-Ziel bis 2030. Die Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz trägt die Hauptverantwortung für die Umsetzung und Koordination der Vorstösse und arbeitet mit den anderen Departementen zusammen. Wenn der Gemeinderat mit knapp 60 Vorstössen eine rasche Umsetzung verlangt, müssen auch entsprechende Stellen gesprochen werden. Die Stellen sind genau für jene Bereiche vorgesehen, wo sie gebraucht werden, etwa bei den Themen Hitzeminderung, Ausbau von Fernwärme, Heizungsersatz oder Gebäudesanierungen. Die Stellen, die genannt werden, braucht es tatsächlich. Das sind die 5,9 Stellen. Wir haben im Gemeinderat vor einigen Wochen eine grosse Debatte zu den Klimavorstössen geführt. Die SVP hat sich bei der Klimadebatte mit ihrer Faktenresistenz schon lange in die Irrelevanz verabschiedet. Die FDP brüstete sich bei der Klimadebatte damit, neun Vorstösse gegen den Klimawandel eingereicht zu haben. Auch die GLP unterstützte etliche Klimavorstösse. Man gab dem Stadtrat zahlreiche Aufträge. Nun zeigen sich beide Parteien bei der Umsetzung knausrig. Die Minderheit ist der Ansicht, dass damit Zechprellerei betrieben wird. Es kann nicht sein, dass wir eine entschlossene und rasche Vorgehensweise gegen den Klimawandel verlangen, aber dann die dafür benötigten Stellen verweigern. Die GLP sagte, es ginge auch mit zwei Stellen weniger. Wir würden von der GLP gerne wissen, welche zwei Stellen es konkret nicht braucht. Wir lehnen den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Elisabeth Schoch (FDP):** Wir haben gleichzeitig einen Stellenabbau und insgesamt werden 13 Stellen aufgebaut. Ausserdem sehen wir genau, wo die 13 Stellen aufgebaut werden sollen – 1,2 Stellen dort, 1,4 Stellen da. Wir fragen uns, ob das Stellen sind, wo dann auch wirklich konkret auf dieses Thema hingearbeitet wird. Nur, weil das Umweltthema weltweit mehr Gewicht erhält, heisst das noch lange nicht, dass die Ziele mit mehr Personal besser erreicht werden können als bislang. Die Stadt arbeitet schon lange an einer 2000-Watt-Gesellschaft. Ob sie darin erfolgreich ist oder nicht, darüber kann man diskutieren. Die Stadtverwaltung spricht stets von einem Erfolg. Statt immer neues Personal einzustellen, wäre jedoch eine Überprüfung der aktuellen Tätigkeit prioritär. Offensichtlich erreichen die heutigen Massnahmen mit 130 Mitarbeitenden die Ziele nicht. Man müsste sich Gedanken machen, ob man die richtigen Massnahmen ergreift und ob man vielleicht noch einmal über die Bücher gehen müsste und jene Massnahmen ergreifen sollte, die etwas bewirken würden. Wir haben 130 Mitarbeitende in diesem Bereich und nun sollen diese Ressourcen um 10 % erhöht werden. Ich weiss nicht, in welchem privaten Bereich man, auch wenn man sich neue Ziele steckt, dermassen aufstocken könnte. Für mich wäre wichtig, dass man die bereits laufenden Massnahmen überprüfen und ein Projekt aufgleisen würde. Die Fakten sind vorhanden.

*Wir wissen, was zu tun ist: Projekte aufgleisen, die tatsächlich notwendig sind, Ballast abwerfen und dann mit den 130 Mitarbeitenden, die wir bereits haben, das angehen, was tatsächlich in die richtige Richtung zielt.*

**Bernhard im Oberdorf (SVP):** Hier zeigt sich einmal mehr der Wolf im Schafspelz. Der Schafspelz waren die Klimadebatte und die Motion, die überwiesen wurde. Der Wolf besteht aus den Kosten, die dahinter stehen. Nun zeigt sich, wie eine Motion fast eine Million Franken an Kosten generiert. Ich frage mich, ob all jene, die der Motion zugestimmt haben, dies auch getan hätten, wenn sie gewusst hätten, welche Kosten dies nach sich zieht. Wenn man dann noch fast sechs wissenschaftliche Mitarbeiter/innen einstellen will, muss man sich die Frage stellen, ob es wissenschaftliche Mitarbeiter sind, die neutral und wissenschaftlich an das Thema herangehen, oder welche, die nicht wertfrei arbeiten und tendenziöse Studien verfassen. Für tendenziöse Studien eine Million Franken auszugeben, ist hanebüchen.

**Severin Pflüger (FDP):** Alan David Sangines (SP) stellte in den Raum, wir hätten anlässlich der Klimadebatte neun Vorstösse eingereicht und müssten nun einverstanden sein mit der Personalaufstockung, damit diese Vorstösse abgearbeitet werden können. Je mehr Personal man aufbaut, um die Vorstösse abzuarbeiten, umso weniger werden sie aus meiner Sicht abgearbeitet. Für die von uns eingereichten Vorstösse braucht es keinen einzigen städtischen Mitarbeiter mehr als bisher. Nehmen wir einen Vorstoss zum Thema Solaranlagen. Hier braucht es keinen Mitarbeiter im GUD, der dann zu jenen Personen im ewz geht, die sich dort um Solaranlagen kümmern und jenen in der Liegenschaftenverwaltung, jenen in der IMMO, und dann auch noch zu jenen bei ERZ, damit man auch noch eine Solaranlage macht auf dem Klärbecken. Das ist nicht nötig. Man muss allen kommunizieren, dass wir Solaranlagen wollen. Dann wird das in den entsprechenden Orten so umgesetzt. Dafür brauchen wir keine 100%-Stelle, die wir dann nie mehr abbauen können. Im Gegenteil. Der Vorsteher des GUD hat mit den Spitälern eine grosse Aufgabe. Er möchte sich gerne noch etwas profilieren und hat deshalb das Thema Klima zu sich genommen. Der Stadtrat hätte auch gleich direkt die Departemente beauftragen können – dort, wo man es wirklich erledigen müsste. Doch weil man keine Idee hat, stellt man einfach Personal ein. Das ist typisch für die GLP. So verhielt es sich schon mit dem Fonds für 50 Millionen Franken zur Rettung des Klimas. Genau so verhält es sich nun mit dem Personal. Wenn wir den Klimawandel bekämpfen wollen, muss dies jeder städtische Mitarbeiter verinnerlichen. Dann braucht es nicht noch 5, 10 oder 100 Leute im GUD, die den anderen sagen, was sie zu tun haben. Jeder hat seine Aufgabe. Diese Aufgaben müssen nach einer Prioritätenliste erfüllt werden. Es braucht nicht zusätzliches Personal, sondern eine richtige Ausrichtung und Führung.

**Walter Angst (AL):** Es ist nicht so, dass wir nicht wollen, dass Leute angestellt werden. Wenn wir das Netto-Null-Ziel 2030 erreichen wollen, braucht es Leute in klaren Strukturen, die einen Impact produzieren können. Die Energieproduktionsunternehmen müssen zusammengefasst werden. Sie müssen zentral gesteuert werden, damit wir so rasch wie möglich ein Ergebnis haben. Gleich verhält es sich mit dem Verkehr. Dort kann es in der momentanen Form gar nicht funktionieren. Ähnlich verhält es sich auch bezüglich der Frage der Heizung. Gerade dort bin ich sehr überzeugt, dass man mit der Lösung etwas bewirken könnte. Bezüglich Energie-Contracting ist im UGZ viel Know-how vorhanden. Ich möchte unser Anliegen nochmals präzisieren: Wenn man vor einer neuen Herausforderung steht, reicht es nicht, dass der Stadtrat eine neue Koordinationsgruppe gründet, in der insgesamt 12 Dienstabteilungen enthalten sind, und man dann denkt, es gäbe einen Output. Das funktioniert in einer normalen Organisation nicht. Dass mit der Schaffung von neuen Stellen nicht der grosse Segen

*über uns niederfällt, wissen wir. Aber es wäre auch falsch zu sagen, dass es keine Leute braucht, um eine solche Mammutaufgabe umzusetzen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Als konkretes Beispiel kann man das Thema Heizung nehmen. Für den Heizungsersatz wurde konkret eine Stelle beantragt. Die FDP sagte, ihre Vorstösse seien kostenneutral umsetzbar. Einer der Vorstösse forderte, dass man die energetischen Sanierungen vereinfachen soll. Genau eine der 5,9 Stellen soll sich nun darum kümmern. Die SVP sagte, die wissenschaftlichen Mitarbeitenden sollten neutral sein. Wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit der Fachplanung Hitzeminderung befassen. Es ist ein wichtiges Thema. Die SVP hat getobt, als im Hitzesommer die Klimaanlage in den Altersheimen ausfiel. Wie soll eine Person neutral an das Thema herangehen? Die nun vorgebrachten Argumente sind absurd. Wir haben die 5,9 Stellen kritisch betrachtet und bei jeder einzelnen geprüft, was ihre Verantwortung ist. Wir halten alle Stellen für gerechtfertigt, um in ganz vielen konkreten Themen vorwärts zu machen, wie auch in den Energieverbunden. Wir bitten den Rat, die Stellen zu sprechen und bei der Klimastrategie vorwärts zu machen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** *Es kamen nun viele Argumente und Aussagen, die der Stadtrat nicht so stehen lassen kann. Teilweise habe ich den Eindruck, dass die RPK-Antworten nicht gelesen wurden oder wir uns zu wenig klar ausgedrückt haben. Wir sind seit rund zehn Jahren auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Im Energiebereich sind wir auf Kurs. Was die Treibhausgasemissionen angeht, sind wir noch nicht auf Kurs. Anlässlich der Klimadebatte im Gemeinderat wurden rund 50 Vorstösse überwiesen. Es handelt sich dabei nicht um kleine, einfach realisierbare Vorstösse, die man rasch umsetzen kann. Es sind wertvolle Vorstösse, die aber auch entsprechende Abklärungen benötigen, Untersuchungen, Prozesse dahinter, damit wir möglichst rasch zu dem Ziel kommen, das wir alle anstreben. Wir haben im Stadtrat aufgrund der eingereichten Motionen und Postulate entschieden, dass wir an Tempo zulegen wollen. Das bezieht sich nicht nur auf die eingereichten Vorstösse. Wir wollen generell im Klimaschutz verstärkte Massnahmen in die Wege leiten. Damit wir das tun können, brauchen wir eine Koordination. Eines der Missverständnisse besteht offenbar darin, dass man das so verstand, dass wir eine neue Abteilung gründen würden. Das ist nicht der Fall. Es geht um eine Koordinationsgruppe. Das ist wie in einer Projektorganisation, wo es eine Projektleitung braucht, die die verschiedenen Abteilungen koordiniert. Das ist ein entscheidender Vorteil. Wenn man 50 Vorstösse koordinieren muss, kann man nicht einfach sagen, einer gehöre ins HBD, einer ins DIB, einer ins GUD und einer ins Finanzdepartement. Man muss alles genau koordinieren. Wir werden die Vorstösse generalstabsmässig abarbeiten, damit wir in den nächsten zwei Jahren auch entsprechend grosse Schritte nach vorne machen werden können. Das wird uns gelingen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UGZ leisten sehr wertvolle Arbeit. Ich bin enttäuscht über einzelne Aussagen, die in den Raum stellten, dass zu wenig gearbeitet würde. Damit wir die Klimaziele, das Netto-Null-Ziel erreichen, brauchen wir eine Koordination und verstärkte Unterstützung in den verschiedenen Abteilungen. Die 5,9 Stellen sind es, die es ausmachen. Dadurch kommen wir einen grossen Schritt weiter.*

S. 220 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**  
**3045** **Umwelt- und Gesundheitsschutz**  
**3010 00 000** **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>043.</b> Antrag Stadtrat			16 840 700 Minderheit 1	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
	900 000		15 940 700 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
	250 000		16 590 700 Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent
			Abwesend	Alan David Sangines (SP) Referent Minderheit 1
Begründung: AL/FDP/SVP: Überprüfung Organisation Klimastrategie, bevor 5,9 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende und Projektleiter im UGZ geschaffen werden; GLP: Effiziente Umsetzung der Klimastrategie mit zurückhaltendem Aufbau der Stellen				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(16 840 700)	62 Stimmen
Antrag Mehrheit	(15 940 700)	46 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(16 590 700)	<u>14 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

#### Antrag 044.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Schoch (FDP):** Eine Klarstellung zu Antrag 43: Wir haben nicht gesagt, dass die Mitarbeitenden des UGZ schlechte Arbeit leisten würden. Zu Antrag 44: Man kann argumentieren, es sei gut, wenn man ein Konzept extern erarbeiten könne und die Kosten nicht für immer und ewig auf der Payroll hätte. Wir haben aber nun bereits 13 neue Stellen geschaffen, was einer Zunahme von 10 % entspricht. Nun sollen noch in einem grösseren Ausmass externe Kosten entstehen. Die Fakten im Klimaschutz sind allen bekannt. Ich sehe nicht ein, warum es noch Studien zu Themen wie Lärmvorschriften oder zur Hitze braucht. Wir wissen, wo es heiss ist und wo es lärmig ist. Statt eine solche Studie in Auftrag zu geben, wäre es interessanter, wenn man dem eigenen Personal spannende Aufgaben und die Möglichkeit geben könnte, herauszufinden, welches die besten Massnahmen sind, um ein griffiges Paket zu schnüren. Man sollte dem Steuersubstrat Sorge tragen.

**Alan David Sangines (SP):** Die Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz muss sehr viele Aufgabenbereiche abdecken. Dafür braucht sie wie die meisten anderen Dienstabteilungen Unterstützung in Form von externen Fachpersonen, Beratungen und Gutachten, die die Verwaltung in der Umsetzung ihres Auftrags unterstützen. Wir haben die Liste geprüft. Wir halten sie für sinnvoll budgetiert und lehnen den Kürzungsantrag ab.

S. 221 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**  
**3045** **Umwelt- und Gesundheitsschutz**  
**3132 00 000** **Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>044.</b> Antrag Stadtrat			3 209 000 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	988 000		2 221 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP) Referent Mehrheit

Begründung: Kein Ausbau von Dienstleistungen, Fakten sind bekannt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 045.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Isabel Garcia (GLP):** Ende Oktober 2019 hat der Climathon stattgefunden. Dabei wurde ein breites Portfolio von innovativen Ideen und Projekten zur Bekämpfung des Klimawandels präsentiert. Damit solche wegweisenden Ideen und Projekte nicht nur prämiert, sondern auch möglichst rasch umgesetzt werden in Richtung Netto-Null-Ziel 2030, schlagen wir vor, diese Ideen mit einer Anschubfinanzierung zu unterstützen. Wir beantragen mit Antrag 45, eine Investition in die Zukunft zu tätigen mit dem Betrag in der Höhe von 200 000 Franken für das Jahr 2020.

**Severin Pflüger (FDP):** Wir glauben ebenfalls, dass der Climathon interessante Resultate ergeben hat. Einige lassen sich vervielfältigen und haben eine Umsetzung verdient. Bei diesen Ideen lohnt es sich, zu investieren. In diese wird auch investiert. Es ist aber nicht unsere Aufgabe als Stadt, in Start-ups und ähnliches sowie in die Resultate zu investieren. Unsere Aufgabe ist es, ein Klima zu schaffen, in dem solche Projekte möglich sind und in dem wir mit dem Lions Club und ähnlichem auch die Infrastruktur und das Know-how zur Verfügung stellen, um die Projekte zu ermöglichen. Als Stadt selber Risikokapitalgeber zu sein, wäre verfehlt.

Weitere Wortmeldung:

**Walter Angst (AL):** Die Resultate des Climathon in Zürich haben mich zum Gähnen gebracht. Was zum Beispiel in Khartum oder anderen Orten entstanden ist, wäre super. Dort investiert jedoch sicher niemand. Wenn man den Antrag nun so formuliert hätte, dass man weltweit die besten Ideen unterstützt, hätte die AL sofort zugestimmt. Aber für die Zürcher Vorschläge reichen die Investoren. Da braucht es die Stadt nicht.

S. 222 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**  
**3045** **Umwelt- und Gesundheitsschutz**  
**3636 00 000** **Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>045.</b>	Antrag Stadtrat			125 000 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			200 000	325 000 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Umsetzung der zwei bis vier innovativsten Ideen aus Climathon

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 72 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

#### Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Schoch (FDP):** Nicht einmal das HBD benötigt ähnlich viel massiv grosse Bildschirme wie nun plötzlich das UGZ haben möchte. 50 Arbeitsplätze sollen mit je zwei Bildschirmen à 70 cm ausgerüstet werden. Stossend ist auch, dass zu überhöhten Preisen eingekauft wird. Würde man die Bildschirme bei Digitec einkaufen, wären sie deutlich günstiger. Mit der Digitalisierung zu argumentieren, scheint mir in diesem Fall lächerlich. Mit einem neuen Bildschirm allein erzielt man noch keine digitalisierten Abläufe oder digitalisierte Effizienzsteigerung. Im Übrigen bin ich der Ansicht, dass nicht alle Bildschirme gleichzeitig angeschafft werden müssten. Man könnte die Anschaffung auf drei Jahre verteilen. Dann müsste man auch nicht alle drei Jahre wieder 50 Arbeitsplätze neu einrichten.

**Alan David Sangines (SP):** Auch die Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz möchte mit der Forderung nach Digitalisierung vorwärtskommen. Die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, die bei dieser Dienstabteilung angesiedelt ist, macht die Anschaffung von mindestens 27-Zoll-Monitoren notwendig. Normalerweise wird die Hardware innerhalb der Stadt bei der Dienstabteilung OIZ von der Stadt bestellt. Die OIZ bietet aber nur 24-Zoll-Monitore an. Sie hat der Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz deshalb einen Lieferanten vorgeschlagen, der 27-Zoll-Bildschirme anbietet. Man hat diese Bildschirme mit dem städtischen Computerarbeitsplatz getestet.

*Sie sind kompatibel mit dem Betriebssystem der OIZ. Das Budget beinhaltet die Kosten für die Bildschirme, Kabel, Aufbaukosten und Reserven für unvorhergesehenes wie Adapter für den PC. Die Verwaltung hat die Beschaffungspraxis der Stadt eingehalten, sich auf die Empfehlung der OIZ verlassen und schafft Bildschirme an, die langfristig günstiger kommen, als wenn man irgendwelche andere vermeintlich günstigere Bildschirm bei Digitec anschafft, die dann zu teuren Wartungsarbeiten führen.*

S. 224    **30**                    **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**  
              **3045**                    **Umwelt- und Gesundheitsschutz**  
              **506002 /**                **Anschaffung Hardware /**  
              **5060 00 000**           **Möbilien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>046.</b>	Antrag Stadtrat			71 500 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		30 000		41 500 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP) Referent Mehrheit
		Begründung: Nur die effektiv benötigte Zahl Bildschirme anschaffen sowie eine handelsübliche Version im entsprechenden «normalen» Preissegment wählen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 047. und 048. (Postulat GR Nr. 2019/536).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Ernst Danner (EVP)** begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1993/2019): Ich begründe, warum wir in einem Departementssekretariat zusätzliches Geld einstellen möchten und fordern, dass sich die Stadt für den internationalen Eisenbahnverkehr einsetzt. Wenn ich das europäische Bahnnetz betrachte, habe ich stets ein ungutes Gefühl. Nördlich, östlich und südlich von uns werden grosse Transversalen gebaut. Die Schweiz, insbesondere Zürich, wird umfahren. Die grossen Verbindungen gehen geometrisch an Zürich vorbei. Wenn wir uns nicht für bessere internationale Verbindungen einsetzen, sind wir früher oder später vom internationalen Bahnverkehr abgehängt und das in einer Zeit, in der sich alle einig sind, dass wir Kurzstreckenflüge durch die Bahn ersetzen möchten. Es ist mir bewusst, dass wir von der Stadt Zürich aus nicht die Zuständigkeiten dafür haben. Aber die Stadt ist genügend gross und stark, um Lobbyarbeit betreiben zu können. Dafür braucht es jedoch Sachkompetenz. Wir haben 60 000 Franken beantragt, damit im TED eine entsprechende Fachkompetenz aufgebaut werden kann. Das entspricht umgerechnet vielleicht einer halben Stelle.

*Es muss keine neue Stelle sein. Aber das Geld für diese Aufgabe muss vorhanden sein. Ich habe im Verlauf der Sitzung gehört, dass der Stadtrat sich mit dem Thema befasst hat und der Meinung ist, dass man eine entsprechende Funktion im Departement Industrielle Betriebe ansiedeln sollte. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag und um Überweisung des Postulats.*

**Walter Angst (AL):** *Wir halten dies für keine gute Idee und empfehlen, sowohl das Postulat als auch den Budgetantrag abzulehnen.*

**Derek Richter (SVP)** *stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Auch wir halten dies für keine gute Idee. Die SVP lehnt das Postulat und Antrag 47 ab. Die Stelle ist nicht nötig und sollte nicht Thema in einem Rat sein – egal, ob Gemeinderat oder Kantonsrat, National- oder Ständerat –, sondern bei den SBB.*

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** *Wir unterstützen den Grundsatz, dass die Attraktivität des Bahnverkehrs gesteigert werden sollte. Allerdings sollte dies nicht mit einer dedizierten Stelle in der Stadt erfolgen, sondern beispielsweise mit einem Lobbying über den Städteverband. Dafür braucht es aber bestimmt keine neue Stelle. Wir lehnen den Antrag ab und haben eine entsprechende Textänderung für das Postulat vorbereitet. Mit dieser würden wir dem Postulat zustimmen. Die Textänderung beinhaltet, dass man über den Städteverband vorgehen sollte und nicht über eine Stelle in der Stadt.*

**Res Marti (Grüne):** *Ich erhalte jeweils sehr viel Lobbying-Material aus dem Bereich der Flugindustrie. Entsprechend halten wir es für dringend notwendig, dass auch Lobbying in die andere Richtung stattfindet, in Richtung nachhaltige Mobilität.*

**Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Der Antrag und der Vorstoss rennen weitgehend offene Türen ein. Von Zürich gibt es mehrmals täglich Bahnverbindungen nach Hamburg oder Paris. Das funktioniert gut. Ebenfalls haben wir täglich Verbindungen nach Berlin oder Wien. Nach Amsterdam und Brüssel haben wir keine Direktverbindungen. Das liegt aber nicht an der Schweiz, sondern am Bahnnetz im Ausland, das die Direktverbindungen nicht zu vernünftigen Zeiten ermöglicht. Das ist das Problem. Deshalb ist der Vorstoss zwar gut gemeint, hilft uns aber nicht weiter.*

**Florian Utz (SP):** *Das Postulat und der Antrag greifen ein reales Problem auf. Von Zürich nach Mailand benötigt man rund 3,5 Stunden. Von Mailand nach Bologna wiederum benötigt man weniger als einen Drittel davon. Das Postulat greift ein grosses Problem auf. Deshalb stimmt die SP sowohl dem Budgetantrag als auch dem Postulat gerne zu. Wir wissen, dass es heute Lobbyingarbeit braucht, wenn man etwas erreichen will.*

**Dominique Zygmunt (FDP):** *Die FDP wechselt von der Mehrheit in die Minderheit. Wir halten die Schaffung dieser neuen Stelle für keine gute Idee. Für uns geht die Logik dahinter nicht auf. Man glaubt, nur wenn man lobbyiere, kämen auch die internationalen Bahnverbindungen und die Leute würden von den Kurzstreckenflügen auf die Bahn umsteigen. Die jüngste Vergangenheit zeigt ein Revival der Nachtzüge. Es ist ein Beweis dafür, dass es hauptsächlich die Nachfrage ist, die den internationalen Bahnverkehr beeinflusst, nicht das politische Lobbying, sondern einfach Personen, die reisen möchten. Wenn die Stadt sich engagieren möchte, soll sie das mit den bestehenden Ressourcen tun. Wir sind aber bereit, das Postulat anzunehmen.*



**Ernst Danner (EVP):** Ich möchte betonen, dass es um die Fachkompetenz in der Verwaltung geht. Diese ist heute nirgendwo lokalisiert. Wie viele personelle Ressourcen es letztlich braucht, ist eine andere Frage. Wir haben nun einen Betrag von 60 000 Franken vorgeschlagen. Der Betrag kann auch etwas höher oder tiefer liegen. Der Textänderungsvorschlag der GLP bringt nichts. Man kann nicht in einem Städteverband mitmachen und dort schweigen, weil man nichts von der Sache versteht. Genau das wäre der Fall, wenn alles so bleibt, wie es ist. Es braucht Fachkompetenz. Deshalb können wir den Textänderungsantrag nicht annehmen.

S. 226 **45**  
**4500**  
**3010 00 000**

**DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE**  
**Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>047.</b>	Antrag Stadtrat			1 506 100 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
			60 000	1 566 100 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Anstellung Teilzeitfachperson für internationalen Bahnfernverkehr zwecks Lobbyarbeit zugunsten schneller internationaler Bahnverbindungen als Ersatz für Kurzstreckenflüge (Antrag EVP)			

Ernst Danner (EVP) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf Konto Nr. 4500 3010 00 000, Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 60 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## 2025. 2019/536

**Postulat von Ernst Danner (EVP) und Roger Föhn (EVP) vom 04.12.2019:**  
**Bereitstellung der notwendigen Fachkompetenz für einen verstärkten Einsatz der Stadt zugunsten der Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsnetz der Bahn**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ernst Danner (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1993/2019).

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 047.

Das Postulat wird mit 88 gegen 30 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 81, Beschluss-Nr. 2020/2019).

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **2026. 2019/550**

#### **Beschlussantrag der SVP-Fraktion vom 11.12.2019: Durchführung eines Gemeinderatsfests mit Aufteilung der Kosten unter den Fraktionen**

Von der SVP-Fraktion ist am 11. Dezember 2019 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Der Gemeinderat beschliesst, ein Gemeinderatsfest in der Legislaturperiode durchzuführen. Die Organisation erfolgt durch den Gemeinderat. Die Fraktionen organisieren die Verpflegung, die Getränke und eine allfällige Unterhaltung. Die Kosten werden unter den Fraktionen aufgeteilt.

Begründung:

Der Gemeinderat hat am 11. Dezember 2019 gegen den Willen der SVP, FDP und AL mit 73 zu 46 Stimmen beschlossen, einen gigantischen Betrag für ein mögliches Gemeinderatsfest im Budget 2020 vorzusehen. Die SVP-Fraktion unterstützt die Durchführung eines solchen Festes, jedoch soll dieses in vernünftiger Masse stattfinden. Kosten in der Höhe von 80'000 Franken für 125 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind nicht akzeptabel. Das entspricht Kosten von mehr als unglaublichen 600 Franken pro Parlamentsmitglied. Rechnet man mit 200 Teilnehmenden (inkl. Gästen), wären dies immer noch über 400 Franken pro teilnehmende Person.

Es ist auf keinen Fall akzeptabel oder begründbar, einen solchen Betrag auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auszugeben. Um ein solches Gemeinderatsfest zu ermöglichen, sollen die Kosten für die Verpflegung, die Getränke und eine allfällige Unterhaltung von den Fraktionen getragen und keinesfalls der Stadtkasse belastet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### **2027. 2019/551**

#### **Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 11.12.2019: Registrierungspflicht für gewerblich-kommerzielle AnbieterInnen von Beherbergungsflächen für den Tourismus und für Business Appartements**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 11. Dezember 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung auszuarbeiten, die für gewerblich-kommerzielle professionelle AnbieterInnen von Beherbergungsflächen, die dem Tourismus dienen, und Business Apartments in allen Stadtquartieren grundsätzlich eine Registrierungspflicht mit allen Modalitäten festlegt.

Begründung:

Damit der Vollzug der Bauvorschriften zum Schutze von Erstwohnungen vor Umnutzung und Zweckentfremdung in touristische Beherbergungsorte und kurzfristig genutzte Business Apartments überhaupt garantiert werden kann, sollen AnbieterInnen solcher Unterkunftsmöglichkeiten sich registrieren müssen. Durch die Registrierung erhalten AnbieterInnen eine Nummer zugeteilt, über welche die Stadt die genaue Adresse inkl. Wohnungsnummer/Stockwerk etc. feststellen kann. Sie erhält auf diese Weise genaue Daten über den Zürcher Zweitwohnungsmarkt und kann regulierend eingreifen.

Bezüglich der Modalitäten: Diverse Städte in Europa haben zum gleichen Zweck – mehr oder weniger erfolgreich – eine Registrierungspflicht eingeführt. Bewährt hat sich, dass die Nummer zwingend Bestandteil der Annonce/Ausschreibung ist und die diversen Portale von der Stadt juristisch gezwungen werden können, Angebote ohne Nummer sofort zu löschen. Bei Verstössen droht eine Busse. Zusätzlich ist es wichtig, dass die Registrierung online und kostenlos erfolgt. Weil dabei auch die Adresse angegeben werden muss, ist die Überprüfung durch die Ämter einfach: der Computer auf dem Amt gleicht die Eingabe mit dem Register ab.

Nicht betroffen von der Regelung ist, wer nur ein Zimmer in einer Wohnung vermietet

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag und die Motion werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2019, 14 Uhr.